

Der Vollzugsdienst

6/2014 - 61. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Was haben wir vom Strafvollzug mit der GDL zu tun ?

Kommentar von Anton Bachl, BSBD-Bundesvorsitzender

Seite 2

Bayern schafft 200 zusätzliche Stellen für den allgemeinen Vollzugsdienst

Festveranstaltung in Weiden mit Staatsminister Prof. Dr. Bausback

Seite 22

Politisch und ideologisch motivierte Gewalttäter sind die Herausforderung der Zukunft

Der Personalmangel des Strafvollzuges erweist sich als ungelöstes Problem

Seite 65

Bundesleitung und Redaktion wünschen ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2015



Fachteil: Zusatzurlaub bei Wechselschichtarbeit



Baden-Württemberg



Rheinland-Pfalz



Sachsen

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Jahresabschluss 2014 – Zeit für einen kleinen Rückblick
- 2 Gewerkschaftsbewegung lebt von Solidarität
- 2 Was haben wir vom Strafvollzug mit der GDL zu tun?
- 3 10 Fakten zum GDL-Streik
- 5 Bei der Rente stets an die Zukunft denken!
- 6 Erfolgsfaktor Zukunft: Frauen und Männer – gemeinsam stark!
- 6 Einkommensrunde 2015: Sie und Ihre Meinung: Unverzichtbar!

LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 22 Bayern
- 28 Berlin
- 34 Brandenburg
- 40 Bremen
- 41 Hamburg
- 45 Hessen
- 51 Mecklenburg-Vorpommern
- 57 Niedersachsen
- 64 Nordrhein-Westfalen
- 79 Rheinland-Pfalz
- 86 Saarland
- 89 Sachsen

FACHTEIL

- 91 Zusatzurlaub bei Wechselschichtarbeit



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@t-online.de vollzugsdienst.neumann@aol.com
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Helmut Halwachs	Helmut.Halwachs@jm.mv-regierung.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 1/2015:

 **15. Januar 2015**

Nach Vorfällen in Justizvollzugsanstalten

Der Baden-Württembergische Strafvollzug im Echo der Medien

Interviews mit Vollzugspraktikern, Wissenschaftlern und Gefangenen

Die Vorfälle in den Justizvollzugsanstalten Adelsheim und Bruchsal, die den Kolleginnen und Kollegen hinlänglich bekannt sind und über die wir im letzten **VOLLZUGSDIENST** bereits berichtet haben, führten zu einem sehr lebhaften und breiten Echo in den Medien. Nicht nur in den regionalen und überregionalen Zeitungen wurde diese Thematik nahezu täglich behandelt, sondern auch Hörfunk, Fernsehen und Online-Dienste befassten sich ausführlich mit den Gefängnissen – sowie ganz besonders mit den Gefangenen und den Bediensteten. Es zeigte sich mal wieder: Nur außergewöhnliche und negativ besetzte Ereignisse wecken das öffentliche Interesse an den internen Vorgängen im Strafvollzug, ansonsten lässt man ihn als gesellschaftlich ausgegrenzten Bereich lieber im Verborgenen. Dieses Interesse an negativen Vorfällen hatte diesmal aber auch eine durchaus positive Seite: Die schwierigen Verhältnisse in den Gefängnissen, die subkulturellen Insassenstrukturen und der Drogenkonsum, die hohen Belastungen sowie Gefährdungen des Personals und zum Teil die Ohnmacht der Bediensteten vor Ort wurden deutlich herausgestellt.

Dies galt insbesondere für die vielen Beiträge im Hörfunk und im Fernsehen, die der Landesvorstand seinen Mitgliedern in Auszügen zur Kenntnis bringen möchte. Im Hörfunk haben sämtliche Sender des **SWR** für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in einer Reihe von Beiträgen zum Teil tageweise oder über eine ganze Woche hinweg das Thema Strafvollzug behandelt. Dabei kamen in Interviews und Internet-Videos auch Vollzugspraktiker und Wissenschaftler ebenso wie Gefangene zu Wort. Die einzelnen Beiträge waren sehr informativ und auch pointiert, haben aber nach Insidermeinung sehr realistisch und anschaulich die „Knastwirklichkeit“ abgebildet. Aufgrund der letzten Media-Analyse 2014 wissen wir, dass mit diesen **SWR**-Sendungen viele Millionen Radiohörer erreicht worden sind.

Der **BSBD** ist deshalb sehr zuversichtlich, dass damit auch ein öffentliches Problembewusstsein für den Justizvollzug in weiten gesellschaftlichen Kreisen aktuell geschaffen worden ist – zugleich mit der banger Frage: wie lange hält's vor? Immerhin ist mal anerkennend zu vermerken, dass sowohl in den Hörfunk wie auch in den Fernsehreportagen kein einziges Mal der Begriff „Wärter“ zu hören war.

Die Hörfunksendungen des SWR trugen den Obertitel:

„Die Macht im Knast“

und waren in fünf Beiträge untergliedert:

Teil 1: „Das

Schlimmste sind die Mitgefangenen“

Teil 2: „Diebe im Gesetz“

Teil 3: „Viel Dampf in der Birne“

Teil 4: **Bankräuber und Geiselnahmer stehen oben**

Teil 5: **Gewalt unter Gefangenen**

Autor: **Rolf Reinlaßöder, Reporter & Recherche**

Zu 1.: „Das Schlimmste sind die Mitgefangenen“

>> Die Macht in der Parallelwelt Knast wird täglich neu ausgefochten. Es ist auch ein Kampf um die Vorherrschaft im Drogengeschäft hinter Gittern, das immer wichtiger wird.

Gewalt, Drogen, Schutzgelderpressung – die Russenmafia hat offenbar unter den Gefangenen in den deutschen Gefängnissen die Macht übernommen und das nicht erst seit gestern.

Sie beherrscht vielerorts das Drogengeschäft im Knast, dem eine große Rolle zukommt. ...

Denn jeder zweite Gefängnisinsasse ist nach Expertenschätzungen süchtig. Hinter Gittern kosten die Drogen zehn Mal so viel wie draußen.

Die Russenmafia ist streng hierarchisch aufgestellt – organisierte Kriminalität mit Drogenhandel, Erpressung und Körperverletzung. Schulden werden rigoros eingetrieben.“

Ein Gefangener – „ein Zwei-Meter-Koloss – versucht den Osteuropäern im Knast aus dem Weg zu gehen: „Der Russe haut Dir vor den Kopf und wenn er dafür ein halbes Jahr länger sitzen muss, dann ist ihm das egal.“ ...

Gewalt gehört zum Alltag hinter Gittern. Wie es sich anfühlt, fünf, sechs oder zwölf Jahre Haft vor sich zu haben, ist für Außenstehende kaum vorstellbar. Strafrechtsprofessor **Klaus Laubenthal**, Richter am Oberlandesgericht Würzburg, hat viele deutsche Gefängnisse untersucht. „Ich glaube das Schlimmste im Justizvollzug sind die Mitgefangenen.“ ...

Und **Joe Bausch**, der Anstaltsarzt der *JVA Werl und Pathologe in den „Tatorten aus Köln“* erläutert: „Hier drin weiß je-



R. Reinlaßöder.
Foto: Bongartz

der: Alle, die mit mir einsitzen, sind kriminell. Und so mancher ist härter oder skrupelloser als ich“.

(Stand 13.10.2014, 8:00 Uhr)

Zu 2.: „Diebe im Gesetz“

Die Macht der Russenmafia in den Gefängnissen, ihre Dealerringe, ihr Unterdrückungssystem und ihre kriminellen Netzwerke reichen weit über die Gefängnismauern hinaus.

Wir haben es mit organisierter Kriminalität osteuropäischer-, russisch-eurasischer Tätergruppen zu tun, erläutert der Präsident des Bundeskriminalamts **Jörg Ziercke**: „Es ist ganz offensichtlich, dass sich ehemalige Nachrichtendienstler, Polizei- oder Militärangehörige Deutschland, aber auch andere Staaten in Europa, aufgeteilt haben. 22 Brigaden, Banden und Gruppen haben wir davon in Deutschland.“ Sie nennen sich selbst „Diebe im Gesetz“.

Diese klar hierarchisch gegliederte Organisation ist ursprünglich in der Stalin-Zeit in Gefangenenlagern in Russland entstanden. Sie hat strenge Verhaltensregeln, und sie setzen eine bedingungslose Loyalität aller Mitglieder durch – auch mit Gewalt.

Die Russen führen eine schwarze Kasse. Jeder muss auch hinter Gittern darin einzahlen. Der Chef bedient sich daraus. „Obschak“ heißt der Überbegriff für das System mafiaähnlicher Struktur.

„Kooperiere niemals mit dem Staat!“ So lautet die oberste Regel der Russenmafia. **Michael Skirl**, langjähriger Gefängnisdirektor, berichtet davon, dass sich die „Diebe im Gesetz“ hinter Gittern hermetisch abschotten und sogar von Gefängnisleitungen quasi einen rechtsfreien Raum einfordern.

Vor gut einem Jahr hat ein *Gefangener* vor laufenden **ARD**-Kameras ausgepackt, über die Russenmafia im Gefängnis. Es gibt immer einen Chef sagt er: „Die Leute, die neu kommen, sind Fußsoldaten. Sie müssen Geld eintreiben, Leute verdreschen. So kommt man dann die Stufe hoch und leitet irgendwann einmal selbst die Abteilung.“

(Stand: 13.10.2014, 08.00 Uhr)

In seiner **Pressemittteilung vom Landesdelegiertentag 2008** hatte der **BSBD** auf diese „mafiaähnlichen Strukturen“ von russland-deutschen Gefangenen in baden-württembergischen Anstalten deutlich hingewiesen. Dies hatte für viel Aufsehen und eine große Resonanz in der Presse gesorgt. Mitglieder des Landes-

vorstands wurden aber auch von Migrationsvereinigungen heftig kritisiert und sogar bedroht, weil in den Schilderungen der subkulturellen Erscheinungen eine unzutreffende Diskriminierung gesehen worden ist. Diese unterschwellige Vollzugswirklichkeit wird jedoch durch die vom **SWR3** recherchierten „Knastverhältnisse“ bestätigt und es ist sehr zu bedauern, dass diese subkulturellen Umtriebe einfach nicht in den Griff zu bekommen sind. Vielversprechende Ansätze durch die Aufdeckung interner Netzwerke und externer Seilschaften (in Zusammenarbeit mit dem LKA), durch Verlegungen von erkannten „Chefs“ und Zerschlagung von Gruppenstrukturen usw. hat es zwar gegeben, ein dauerhafter Erfolg im Kampf gegen die „Diebe im Gesetz“ hat sich jedoch offenbar noch nicht eingestellt.

Zu 3.: Knastdroge Subutex: „Viel Dampf in der Birne“

Jeder zweite Häftling nimmt Drogen. Wer im Knast das Drogengeschäft beherrscht, hat die Macht.“

Ein Gefangener „kahlrasierter Schädel, Goldohrring, dünner, geflochtener Ziegenbart ... hat lebenslänglich bekommen, weil er seine Großeltern erschlagen hat. Er ist ein profunder Kenner der Parallelwelt Knast. Er berichtet: Die Drogenpreise hinter Gittern sind doppelt bis zehn Mal so hoch wie außerhalb des Gefängnisses. Beispiel Haschisch. Handelspreis draußen fünf bis zehn Euro das Gramm. „Hier drinnen können Sie schon mal 50 Euro fürs Gramm loswerden“. Es ist wie auf einem Basar, erzählen andere Häftlinge. Sie sagen: Es gibt alles - Haschisch, Mariuhana, Koks, Heroin und immer mehr Subutex.

Diese Droge – ein pharmakologisch hergestelltes, künstliches Opiat – rückt immer mehr in den Vordergrund, Crystal Meth oder Heroin spielen hinter Gittern eine immer geringere Rolle. Subutex macht süchtig, muss nicht gespritzt werden, kleinste Mengen können sogar leicht in legal verordneten Medikamentenkapseln in der Gefängniszelle versteckt werden.

In Deutschland fällt Subutex unter das Betäubungsmittelgesetz.

In Frankreich und anderen europäischen Ländern darf es jeder Arzt auf einem einfachen Rezept in praktisch unbegrenzten Mengen verschreiben. Die Diskussion über Spritzenautomaten und die legale Ausgabe von Spritzen im Gefängnis hat sich durch Subutex vermutlich bald erledigt.

Joe Bausch, Arzt in einem



Joe Bausch, Anstaltsarzt, seit 1986 - JVA Werl.

Foto: Wikipedia 2009

Hochsicherheitsgefängnis und bekannt durch seine Auftritte als Pathologe im Kölner „Tatort“, sagt über die Wirkungsweise der aktuellen Knastdroge Nummer Eins: „Ein zehntel Gramm (Subutex) macht genau so viel Dampf in der Rube wie ein Gramm Heroin und hat eine Opiat-Wirkung auf das Gehirn, allerdings macht es nicht so müde oder sonst was wie Methadon oder Heroin, sondern erhöht so'n bisschen die Vigilanz, das heißt: man ist ballerbreit, aber fit in der Birne“

Am häufigsten schmuggeln Besucher die Drogen rein. Zeitweise fungieren auch Freigänger und Hafturlauber als Drogenkuriere.

... Beim Einlass an der Pforte wird zwar mit Metallsuchgeräten wie am Flughafen abgetastet, Körperöffnungen dürfen aber nicht routinemäßig kontrolliert werden. ...

Die neueste Masche heißt Luftzustellung. Minidrohnen werden von Komplizen von außen über den Gefängnishof gesteuert und klinken dort die Drogenpäckchen aus.

(Stand: 13.10.2014, 08.00 Uhr)

Aus Sicht des **BSBD** wurde der Tatbestand des Drogenschmuggels in den Anstalten zum Teil verharmlost oder auch verdrängt, er ist aber nach wie vor vorhanden und ein weitgehend ungelöstes Problem. Die Einen beklagen überhaupt die Existenz von Drogen in Gefängnissen und werfen dem Vollzug Unfähigkeit vor, weil er trotz aller Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen dieses Problem nicht in den Griff bekommen kann. Werden dann – quasi aus „Notwehr“ – diese Maßnahmen verschärft (wie z.B. durch kürzlich bekannt gewordene „Nacktdurchsuchungen“), beklagen die Anderen die Verletzung von Grundrechten hinsichtlich der körperlichen Integrität der Insassen.

Da Drogenschmuggel im Körper von Gefangenen oder von Besuchern/innen durch Metallsonden oder Detektionsrahmen nicht zu entdecken ist, körperliche Untersuchungen i.S. von Eingriffen nur von Medizinern und nur mit Zustimmung der Betroffenen vorgenommen werden dürfen und der zulässige Einsatz von sogenannten „Nacktscannern“ erst noch geprüft werden müsste, wird der Justizvollzug mit der bedrückenden Drogenlast weiterhin – und leider ohnmächtig – leben müssen. Mit Drogenspürhunden könnte offenbar eine günstige, auch präventive Wirkung bei Gefange-

nen wie bei Besuchern/innen erzielt werden, allerdings sind bisher viel zu wenige „eingestellt“ worden.

Zu 4.: Hierarchie im Knast: Bankräuber und Geiselnnehmer stehen oben

Unter den Gefangenen gibt es eine klar gegliederte Hackordnung. Der Knast ist eine düstere Parallelwelt.

In der *subkulturellen* Parallelgesellschaft Knast gibt es Anführer, Fußsoldaten und Opfer. Die Hierarchie nach Straftaten ist nur ein Teil der Knastrealität, erläutert **Michael Skirl**, langjähriger Gefängnisdirektor: „Es muss immer eine entsprechende Persönlichkeit noch dazukommen.“

Inzwischen scheinen die Hierarchien aufzuweichen. Immer stärker haben hinter Gittern diejenigen das höchste Ansehen, die die meisten Drogen haben.

(Stand: 13.10.2014, 08.00 Uhr)

Zu 5.: Kriminelle Netzwerke: Gewalt unter Gefangenen

Die Macht im Knast wird mit brutaler Gewalt unter den Gefangenen durchgesetzt – keiner kann weg. Angehörige werden außerhalb der Gefängnismauern bedroht.

Faustschläge, Tritte, Schutzgelderpressung – die Bewachung der Häftlinge ist in keinem Gefängnis lückenlos; auch sind die Zellen nicht videoüberwacht. „Die Gefangenen sind in Teilen mit anderen Gefangenen zusammen, ohne dass ein Vollzugsbediensteter daneben steht. Das reicht schon aus, um Gewalt auszuüben“, sagt der Justizvollzugsbeamte **Gerhard Neumann**. ...

Sobald die Gefangenen nicht mehr im Visier der Beamten sind, wittern sie ihre Chance. „Da kann ich meine Erpressung beginnen, das berühmte Abziehen. Das bekommen wir in der Regel dann nicht mit“, so **Neumann**.

Kriminelle Netzwerke mit klaren Hierarchien stecken oft dahinter, sagt ein Gefangener. Wer seine Drogen nicht termingerecht bezahlt, der wird unter Druck gesetzt. Auch wer seinen Anteil in die schwarze Kasse des jeweiligen kriminellen Netzwerks nicht entrichten will, hat Probleme – ein paar kräftige, gezielte Schläge zum Beispiel.

Die Kriminellen haben über Besucher oder eingeschmuggelte Handys Kontakt nach draußen. Oft wird der Druck, die Erpressung, die Bedrohung über die Angehörigen aufgebaut.

Das hat der Kriminologe **Professor Laubenthal** oft bestätigt bekommen: „Da genügt schon zu sagen, wir wissen, wo du wohnst und du willst doch auf keinen Fall, dass deinen Kindern irgendetwas passiert.“

Der Kosmos hinter Gittern ist ein Umfeld, wo viele zusammenkommen, die kaum noch etwas zu verlieren haben.

(Stand: 13.10.2014, 08.00 Uhr)

>> (Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors Rolf Einlaßöder/SWR)

Der **BSBD** hat schon vielfach die Problematik subkulturelle Entwicklungen und Erscheinungen in den Anstalten thematisiert, zuletzt im Zusammenhang mit der Massenprügelei in der JVA Adelsheim (s. **DER VOLLZUGSDIENST 4-5/2014, S.8f.**) Hier ist allgemein sehr unbefriedigend, dass sich diese unguten subkulturellen Umtriebe nicht zurückdrängen lassen, sondern sich eher deutlich verstärkt haben.

Zu dieser Entwicklung mag beigetragen haben, dass in den Anstalten zunehmend die „ungelenkten Freizeiten“ und die begrenzten Freizügigkeiten in den Abteilungen (auf den Stockwerken) ausgebaut worden sind. Leider können sich in dieser Gestaltungsform offenbar die gutwilligen kooperationsbereiten Gefangenen nicht durchsetzen, das Sagen haben vielmehr solche Gefangene, die ihre negativ gepolte Intelligenz, ihre kriminelle Energie oder ihre überlegenen Körperkräfte ohne jede Rücksicht einsetzen.

Immer wieder wurde darauf hingewiesen, dass bei einer Anzahl von 40, 50 und mehr Gefangenen auf dem Stockwerk ein einzelner Beamter oder eine einzelne Beamtin keine Chance hat, solchen subkulturellen Auswüchsen etwas entgegenzusetzen oder diese gar verhindern zu können; oft dürften sie nicht einmal zu bemerken sein.

Der **BSBD** hat deshalb gemeint, dass nur durch einen ständigen Einsatz von Bediensteten sowie durch eine höhere Aufsichts- und Betreuungsdichte etwas zu bewirken wäre. Selbst der hochgelobte Wohngruppenvollzug wurde vor kurzem von **Professor Christian Pfeiffer** vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) als „Keimzelle der Gewalt“ bezeichnet, wenn es an der erforderlichen Aufsicht und vor allem der ständigen Betreuung der einzelnen Wohngruppe mangelt.

Bereits 2009 hat sich der **BSBD** mit dem Artikel: „Ist Gewalt unter den Gefangenen vermeidbar?“ eindringlich zu Wort gemeldet (**DER VOLLZUGSDIENST, 4-5/2009, S.14**) – dies blieb aber offensichtlich wirkungslos.

Vor diesem „Untergrund der Gefangenenwelt“, die hier einmal ein-drucksvoll aufgedeckt worden ist, hat „FOCUS Online“ bereits am 8. Oktober 2014 eine Berichterstattung der Autorin PIA KIENEL mit dem nachfolgenden Titel gebracht:

Hinter Gittern in Deutschland (1) Warum ein Gefängnis auch für die Beamten eine Qual ist“

Darin wurden einige Vollzugsbeamten – allen voran der BSBD-Landesvorsitzende Alexander Schmid – zur gegenwärtigen Lage in den Justizvollzugsanstalten interviewt.

Hier das bemerkenswerte Ergebnis:

Die Qual der Vollzugsbediensteten

<< Sie sind für bis zu 70 Straftäter auf einmal verantwortlich, leiden unter hohen psychischen Belastungen und müssen oft auch im hohen Alter eine bis zu zwölfstündige Nachtschicht überstehen: Justizvollzugsbedienstete gehen täglich bis an ihre Grenze.

Wer an Justizvollzugsanstalten denkt, dem fallen wohl spontan folgende Begriffe ein: **Uli Hoeneß**, spektakuläre Ausbrüche oder unerlaubter Drogenhandel. Die Menschen, die dort arbeiten, geraten in den Hintergrund. Ganz nach dem Motto: Die Justizvollzugsanstalten muss es ja geben und irgendwann wird dort schon die Arbeit machen.

„So richtig beschäftigen möchte sich mit dem Thema niemand“, kritisiert auch der Justizvollzugsbeamte **Alexander Schmid** aus der JVA Konstanz. Er ist zugleich der ehrenamtliche Landesvorsitzende des **Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)** in Baden-Württemberg.

Alexander Schmid weiß, wie der Arbeitsalltag in den Gefängnissen aussieht und mit welchen Belastungen die Beamten zu kämpfen haben. Für viele seiner Kollegen sei die derzeitige Situation einfach nicht mehr tragbar, erklärt er gegenüber **FOCUS Online**.

Viele Bedienstete melden sich „krank“

„Die durchschnittlichen Krankheitstage in Baden-Württemberg sind von 19,6 Tagen im Jahr 2012 auf 21,2 Tage im Jahr 2013 angestiegen. Die Zahl ist hoch, auch verglichen mit anderen Berufsgrup-

pen, die ebenfalls im Schicht- und Wechseldienst arbeiten.“

Auch ein Vollzugsbeamter aus Nordrhein-Westfalen, sieht die Situation kritisch: „Der Beamte hat im Laufe der letzten Jahre immer mehr Aufgaben dazu bekommen.“

Die Unannehmlichkeiten beginnen laut **Schmid** bereits in der Betreuung der Untersuchungshaft: „Dort treffen viele Nationen aufeinander. Die Probleme fangen schon bei der Sprache an. Wie vermittele ich den Leuten, was ich möchte und wie unsere Regeln lauten. Genau so schwierig gestaltet es sich auch, die Anliegen der Inhaftierten „zu verstehen“.

Die Beamten kämpfen seit einigen Jahren zusätzlich mit sich bildenden Gruppen. Diese würden andere Insassen sowie die Angestellten bedrohen – und auch handgreiflich werden.

Oft seien die Beamten auf sich allein gestellt: „In den Gefängnissen gibt es einen Psychologen für die Insassen. Beamte müssen jedoch zu einem Externen gehen. Ein interner Experte würde zu viel Geld kosten.“

Hilfsprogramme werden gefordert

An der psychologischen Betreuung für die Insassen wurde hingegen nicht gespart. In Nordrhein-Westfalen wurde massiv aufgestockt: „Während dort 1990 noch 105 Psychologen im Dienst waren, waren es 2013 bereits 168.“

In der Politik scheinen Forderungen der Beamten keinen Anklang zu finden. Die Probleme würden von den Politikern gerne mal verschwiegen und Forderungen von der Gewerkschaft überhört werden, sagt Gewerkschaftler Schmid.

Rainer Stichelberger, Justizminister aus Baden-Württemberg, setzt der Kritik folgendes entgegen: „Die Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten gehen keiner einfachen Beschäftigung nach. Der Umgang mit vielen Gefangenen ist sehr schwierig; wieder und wieder kann es zu Situationen kommen, die auch psychisch stark belastend sind. Es ist wichtig, dass wir den Bediensteten dann Hilfe anbieten. Das geschieht durch ein Kriseninterventionsteam mit speziell ausgebildeten Fachleuten, die den Bediensteten zur Seite stehen.“

Das reicht dem ehrenamtlichen Gewerkschaftler nicht: „Insgesamt gibt es nur sehr wenige Hilfsprogramme für uns. Diese wären jedoch dringend nötig“.


Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
 Extra günstig vom Spezialisten
 Umschuldung: Raten bis 50% senken
 Baufinanzierungen günstig bis 120%
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.


Deutschlands günstiger Autokredit
3,95% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 30.000 €, Lfz. 96 Monate, 3,95% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,88% p.a., Rate 365,- €, Gesamtkosten 34.928,25 €
www.Autokredit.center


AK-FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (0621) 178180-25
 Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de


Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 €, effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 €, Sicherheit: Kein Grundschuldenantrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsversicherung.

Deutschland hinter Gittern (2):

Für viele Beamte ist der letzte Ausweg die Frühpension

(Autorin: Pia Kienel, aus: FOCUS Online vom 08.10.2014)

Anstatt bis zur Erschöpfung zu arbeiten, fliehen einige Bedienstete daher in die Frührente: „Es gibt Kollegen, bei denen eine Frührente unausweichlich ist. Die meisten können sich das aber schlichtweg nicht leisten. Von den 3.700 Angestellten in Baden-Württemberg sind knapp 85 Prozent im mittleren Dienst beschäftigt. Wenn diese Personen dann in Frührente gehen, droht der finanzielle Absturz“, sagt **Schmid**.

Bei der Frührente bleiben den Beamten der Bundesbesoldungsebene A 7 bis A 9 rund 700,00 Euro weniger im Monat. Viele Familien müssten dann mit einem Gehalt von knapp 1350,00 Euro auskommen.

In Deutschland gibt es keine einheitliche Justizvollzugsgesetzgebung. In einigen Bundesländern liegt die Altersgrenze bei 60 Jahren. In anderen hingegen wurde sie wieder auf 62 Jahre angehoben.

Vollzugsbedienstete sind verschlissen

„Angesichts der demografischen Entwicklung ist die stufenweise Anhebung der Altersgrenze von 60 auf 62 Jahre unverzichtbar und entspricht der Anhebung in der gesetzlichen Rentenversicherung“, erklärt eine Pressesprecherin des Bayerischen Justizministeriums den Anstieg. Für den Beamten aus NRW ist das kein Grund: „Viele Vollzugsbedienstete sind mit Erreichen der Altersgrenze verschlissen. Eine Rückkehr zur Altersgrenze von 60 Jahren halte ich für sinnvoll.“

Insbesondere die Nachtschicht macht den Beamten zu schaffen, wie **Alexander Schmid** berichtet: „Diese Schicht ist extrem belastend. Das Personal ist so gering wie nur möglich aufgestellt. Es werden zwar lediglich Kontrollgänge gemacht und Medikamente ausgegeben oder sonstige Sicherheitstätigkeiten erfüllt, aber man weiß ja nie, was passieren wird. Weder ein Arzt noch ein Psychologe sind nachts im Haus, um im Notfall kontaktiert werden zu können.“

Immer in Bereitschaft

„Nachts dürfen wir die Zellen aus Sicherheitsgründen nicht öffnen. Wenn die Gefangenen irgendwelche Anliegen haben, dürfen wir nur die sogenannte Durchreiche aufmachen und mit ihnen sprechen. Wir wissen jedoch nie, ob nicht jemand hinter der nächsten Tür einen Suizid oder einen Ausbruch plant“, beschreibt Schmid die Situation.

Erschwerend kommt hinzu: Eine Nachtschicht kann bis zu zwölf Stunden dauern. Es gibt zwar vorgeschriebene Pausen, die sogenannte Bereitschaftszeit, diese wird jedoch nur mit 50 Prozent des Gehaltes vergütet.

Wer die belastende Arbeit in der Nacht umgehen möchte, der kann fünf Jahre vor der Pension eine Befreiung beantragen. Die Konsequenz: Statt in der Nacht, muss der Beamte nach Angaben von **Alexander Schmid** dann am Wochenende arbeiten. „Fast niemand beschäftigt sich mit der harten Realität. Es wird Zeit, dass wir mal auf die Probleme aufmerksam machen. Unsere Körper sind mittlerweile schon ziemlich vernarbt.“ >>

(Abdruck mit freundlicher Genehmigung von FOCUS Online/FOCUS Tomorrow, München)

Das SWR Fernsehen brachte am 2. Oktober 2014 um 20:15 Uhr in der Sendung:

„Zur Sache Baden-Württemberg!“ mit Clemens Bratzler den fast sechsinütigen Beitrag mit dem Titel:

Gewalt im Strafvollzug

Wie lange hält das Gefängnispersonal durch?

Als Einstieg wählte der Moderator **Clemens Bratzler** den Tod eines Gefangenen in JVA Bruchsal und die Massenschlägerei in der JVA Adelsheim mit rund 60 Gefangenen, wobei die Aggressionen auf die Bediensteten umkippten.

In dieser Sendung kamen auch leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus baden-württembergischen Anstalten zu Wort, die mit großer Sachkunde und teils unverblümt, teils sehr bedrückt Auskunft gaben.

So legte die **stellvertretende Anstaltsleiterin Maida Dietlein von Adelsheim** dar, dass sechs Bedienstete zum Teil schwer verletzt wurden. Diese seien immer noch dienstunfähig und würden psychologisch betreut.

„Sie wurden – bereits auf dem Boden liegend – an den Kopf getreten und geschlagen. Eine solche Respektlosigkeit hatte es bisher noch nie gegeben. Diese Bediensteten, die mitten im Getümmel

waren, haben mir glaubhaft davon berichtet, dass sie in dieser Situation Todesangst hatten.“ Und im Blick auf die Gefangenen sei festzustellen: „Es gibt mehr soziale Verwahrlosung, es gibt mehr psychiatrische Auffälligkeiten und sehr viel Suchtproblematik – insgesamt eine Sammlung von Faktoren, die den Umgang mit den Jungs schwieriger macht.“ Später in der Sendung führte sie noch aus: Der Jugendstrafvollzug habe grundlegend den Auftrag zur Erziehung der Gefangenen. Zurzeit bestehe aber bei den Bediensteten große Verunsicherung: Deshalb sei zurzeit „die Neigung: ‚Sicherheit, Sicherheit, Sicherheit‘. Wenn ich nur an Sicherheit denke, besteht aber die Gefahr, dass die Erziehung verloren geht.“

Zur Lage im Erwachsenenvollzug wurden Interviews in der **JVA Heimsheim** geführt: **Vollzugsdienstleiterin Emilie Blasberg**, seit 35 Jahren im Vollzugsdienst, sagte: „Die Gefangenen werden immer schwieriger. Vor 20 Jahren hätte sich kein Gefangener getraut, uns anzuspucken – heute ist das aber so. Sie wollen damit zum Ausdruck bringen: ‚Du bist nix, Du hast mir nix zu sagen‘. Die Respektlosigkeit, die sich in der Gesellschaft breit macht, macht sich auch im Strafvollzug breit. Schwierig ist, was man alles aushalten muss.“

Obwohl es immer weniger Häftlinge gibt, wird die Arbeit immer mehr. Grund dafür: zu viele problematische Gefangene – zu wenige Mitarbeiter – mehr Bürokratie.

Anstaltsleiter Hubert Fluhr: „Eigentlich sind wir dauerhaft unterbesetzt. Was wir brauchen, ist schlichtweg mehr Personal, um eben genau in diesen Situationen reagieren zu können – um auf dem Stockwerk, wenn solche Gefangene da sind, auch zwei Beamte zu haben, die dann gemeinsam agieren können. Wir haben hier abends einen Beamten – oder genauso eine Beamtin – mit 50 Gefangenen alleine.“

Zu dieser Personalfrage äußerte die Amtschefin des Justizministeriums – **Ministerialdirektorin Inken Gallner**: „Natürlich wünschen wir uns mehr Personal; wir hätten dies sehr gerne durchgesetzt.“



Clemens Bratzler.

Foto: SWR Fernsehen-Homepage

Das ist im Moment politisch nicht möglich – muss man ganz deutlich sagen.“ Denn das Land muss sparen. Von Seiten des Justizministeriums wurde zumindest verhindert, dass in den Gefängnissen Stellen gestrichen werden.

Vollzugsdienstleiterin Blasberg hat auch noch andere Sorgen: Die Betreuung oder gar die Behandlung der Gefangenen gehe gegen Null. „Wir kommen irgendwann dahin, dass wir nur noch dreimal am Tag das Essen ausgeben, gucken, ob alle da sind und noch leben. Wir können uns nicht mehr um die Gefangenen kümmern, und wir können nicht mehr das tun, was wir eigentlich sollen und wollen!“

Und **Anstaltsleiter Fluhr** sieht dazu auch eine kriminalpolitische Konsequenz: „Die Rückfallquote wird sicherlich in Zukunft nicht sinken, wenn es in dieser Form weitergeht, sondern eher steigen.“ Die TV-Sendung schloss mit dem wenig hoffnungsvollen Abspann: „Der Strafvollzug in der Krise, ein Problem, das sich nicht einfach wegsperren lässt.“



Zu diesem ganzen umfangreichen und vielschichtigen Komplex der schwierigen Umstände in den Justizvollzugsanstalten merkt der BSBD an, dass durch die ausführlichen Berichterstattungen sicher ein höheres öffentliches Problembewusstsein als bisher für die Belange des Vollzugs und seiner Bediensteten entstanden ist.

Man sieht deutlich die schwere belastende Arbeit und man hat hohe Anerkennung, teils auch Mitgefühl erfahren.

Zur Aufarbeitung und künftigen Strukturierung „bereitet derzeit das Justizministerium eine Expertenkommission zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen vor. Zu ihren Sitzungen sollen die Strafvollzugsbeauftragten des Landtags eingeladen werden.“

So steht es im Antwortschreiben des Justizministers vom 05.11.2014 auf eine parlamentarische Anfrage der CDU-Fraktion im Landtag.

Nach Meinung des BSBD sollten neben Einzelfall- und Strukturanalysen in die Kommissionsarbeit auch Konzeptionen für Aufsichts- und Betreuungsstrategien – u.a. zur Eindämmung von Gefangenensubkulturen und von Gewalthandlungen – aufgenommen werden, womit auch klare Vorstellungen zur Personalentwicklung im Justizvollzug zu verbinden wären.

wok

Aktuelle Statements aus der Politik zum Strafvollzug in Baden-Württemberg

Die schwerwiegenden besonderen Vorkommnisse in den Justizvollzugsanstalten Adelsheim und Bruchsal haben die Blicke vieler Landespolitiker jeder Provenienz auch auf andere Schwierigkeiten und vielfältige Unzulänglichkeiten im gesamten baden-württembergischen Justizvollzug gelenkt. Einige von ihnen abgegebene Statements geben wir hier unkommentiert wieder – allein mit der Hoffnung, dass den Worten auch Taten folgen werden.

„DER SONNTAG in Freiburg“

vom 05.10.2014

<< Hinter den Gittern baden-württembergischer Gefängnisse ruht das Verbrechen keineswegs: Drogen, Erpressung, Gewalt, kriminelle Netzwerke prägen den Alltag und stellen die JVA-Beamten vor große Herausforderungen.

Die Arbeit der insgesamt 3.729 JVA-Bediensteten ist wesentlich anspruchsvoller geworden: „In der Landespolitik muss jetzt ernsthaft diskutiert werden, wie die zu geringe Personalausstattung in den Justizvollzugsanstalten behoben werden kann“, fordert Gewerkschafter **Schmid**.

Dass nicht nur zu wenig Personal zur Verfügung steht, sondern auch die zu geringen Verdienstmöglichkeiten der Strafvollzugsbediensteten ein Problem darstellen, weiß Justizminister **Stickelberger (SPD)** längst: „Wir liegen im deutschen Ländervergleich im unteren Mittelfeld.“ Dabei bleibt der Sparzwang, dem der Justizsektor ausgesetzt ist, erheblich. Nichtsdestotrotz will **Stickelberger** im Kabinett das Thema

„Justizvollzugsanstalten“ ganz oben auf die Agenda setzen: „Die JVA-Bediensteten kämpfen mit hohen beruflichen Belastungen. Wir müssen das Problem der nicht besonders üppigen personellen Ausstattung angehen.“ >>

„BADISCHE ZEITUNG“ Freiburg

vom 10.11.2014

Autor: Bettina Wieselmann

„**BZ:** Können die Bedingungen des normalen Strafvollzugs psychisch besonders auffälligen Gefangenen gerecht werden?“

Stickelberger: Das ist eine wachsende, sehr schwierige Klientel. Mein Haus bereitet gerade eine Expertenkommission vor, die die Situation analysieren und gegebenenfalls Verbesserungen vorschlagen soll.

SPD-PRESSEMITTEILUNG vom 17.09.2014:
Kein Stellenabbau bei Justiz

<< **MdL Sascha Binder (SPD):** Es ist ein wichtiges Signal an unsere Justiz, dass die Landesregierung diese Einsparungen aufgrund des Wegfalls von Aufgaben im Rahmen der Notariatsreform schon jetzt berücksichtigt. Denn wir brauchen eine moderne, bürgernahe und leistungsfähige Justiz“. Er wies auf das große Engagement hin, mit dem die Beschäftigten in der Justiz Tag für Tag einen funktionierenden Rechtsstaat gewährleisten.“ >>

Schreiben des MdL Jürgen Filius (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

„Für uns ist der Erhalt der Funktionsfähigkeit der Justiz von zentraler Bedeutung. ... Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Strafvollzug sind für **GRÜN-Rot** kein Kostenfaktor, sondern ein wichtiger Teil einer gut funktionierenden Justiz.“

CDU-FRAKTIONSZEITUNG

November 2014:

Sicherung der Funktionsfähigkeit der Justiz

„Die jüngsten Vorkommnisse...haben uns eindrücklich die Bedeutung der Justiz für die Innere Sicherheit und für unser aller Sicherheitsempfinden vor Augen geführt....Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Personal, um das Vertrauen der Bürger in unsere Justiz nicht weiter zu gefährden. Die **CDU-Landtagsfraktion** erwartet deshalb von der Landesregierung entschlossenes Handeln und ein klares Konzept, um die Überlastungssituation an den Gerichten zu beseitigen und um die Gefährdungssituationen für Personal und Insassen im Strafvollzug künftig zu verhindern.“

Von der **FDP-Fraktion** weiß der **BSBD-Landesverband**, dass er im ehemaligen Justizminister **Professor Ulrich Goll** einen überaus kompetenten Fürsprecher für alle seine vielfältigen Belange hat. Dies wurde klar durch ein Schreiben vom 01.09.2014 des **FDP-Fraktionsvorsitzenden Hans-Ulrich Rülke** an den Landesvorsitzenden **Schmid**: „Meine Fraktion und ich werden Ihre Belange und die Ihrer Kollegen weiterhin mit dem gleichen Nachdruck vertreten.“ Diese „**BSBD-Belange**“ bezogen sich auf die Regierungsverlautbarung vom 30.08.2014: „Eine Personalaufstockung in den Gefängnissen wird es erst mal nicht geben.“

Zusammenstellung: wok

Für unsere Vollzugsbediensteten im Lande:

Nur der BSBD will Zeichen setzen!

Schreiben an die Vorsitzenden der vier Landtagsfraktionen und an Justizminister Rainer Stickelberger

Für die Kolleginnen und Kollegen im baden-württembergischen Justizvollzug – insbesondere für den mittleren Dienst – hat der Landesvorsitzende klar Position bezogen und die BSBD-Vorstellungen mit Anspruch und Augenmaß zusammengestellt.

Hier ist unser **Positionspapier 2014 zu Strukturverbesserungen und zur Personalentwicklung:**

Sehr geehrte Damen und Herren, der Justizvollzug Baden-Württemberg steht unseres Erachtens, nicht nur wegen der dramatischen Ereignisse in den Justizvollzugsanstalten Adelsheim und Bruchsal, an einem Scheideweg, wie wir ihn nie zuvor gekannt haben.

Wir halten es für unsere Pflicht, die politisch Verantwortlichen in die Lage zu versetzen, ihre Entscheidungen auch vor dem Hintergrund der Informationen der Gewerkschaft Strafvollzug (**BSBD**) zu treffen.

Zukunftsängste, persönliche Befürchtungen, Vertrauensverlust in die Strukturen des Justizvollzuges sind nur einige Umstände, die in den Gesprächen, die der **BSBD** in den letzten Wochen mit den Vollzugsbediensteten aller Laufbahnen führen durfte, zutage getreten sind. Es gilt jetzt und mit großer politischer Entschlossenheit, den unheilvollen Entwicklungen entgegen zu treten. Sicherheit für Bedienstete, für Inhaftierte und letztendlich auch für die Bevölkerung gibt es nicht zum Billigtarif. Diese Erkenntnis muss sich auch gerade vor dem Hintergrund der Demographie in konkreten Zugeständnissen an die mehrheitlich im mittleren Dienst (über 80%) befindlichen Vollzugsbediensteten ausdrücken.

Es gibt unseres Erachtens zwei Hauptkomplexe, um die sich vor dem Hintergrund der sehr belastenden letzten Ereignisse und mit dem notwendigen Streben, den Justizvollzug in Baden-Württemberg zukunfts-fähig zu gestalten, zeitnah gekümmert werden muss:

- Besoldungs- und Beförderungssituation im Justizvollzug Baden-Württemberg
- Personalausstattung im Justizvollzug Baden-Württemberg

1. Besoldungs- und Beförderungssituation:

Die letzte echte Stellenhebungs- und Verbesserungsrunde fand in 2010 noch unter der Vorgängerregierung statt. Hierbei wurden u.a. die sogenannte Gitterzulage erhöht, Zulagen für besondere Bereiche

wie die Sicherheitsgruppe Justizvollzug, Anstaltsärzte, Bedienstete im Sanitätsdienst eingeführt. Es wurden vor allem Stellenhebungen im Bereich der Spitzenämter (Anstaltsleitung, Verwaltungsleiter, Vollzugsdienstleiter, Gehobener Verwaltungsdienst, Sozialdienst und Seelsorger) durchgeführt.

Unseres Erachtens gilt es nun, auch den personellen Unterbau gezielt zu fördern und damit den Kolleginnen und Kollegen aller mittleren Dienste im Justizvollzug (Allgemeiner Vollzugsdienst, Werkdienst und mittlere Verwaltungsdienste) wieder eine echte Perspektive zu bieten. Wir schlagen daher vor:

- a. Anhebung der Beförderungskontingente (Stellenobergrenzen) in der Besoldungsgruppe A9 von derzeit 30% auf 50% bei Schaffung der notwendigen Haushaltsstellen.
- b. Anhebung der Beförderungskontingente (Stellenobergrenzen) A9 mit Zulage von derzeit 30% (30% aus der Gruppe der A9 Besoldeten) auf ebenfalls 50% bei Schaffung der notwendigen Haushaltsstellen.
- c. Verdopplung der Meisterzulage im Werkdienst von derzeit ca. 39,00 Euro auf zukünftig ca. 79,00 Euro.
- d. Besoldung aller Vollzugsdienstleiter und Werkdienstleiter der Justizvollzugsanstalten nach A12 (derzeit gibt es VDL mit A10 und VDL mit A11, je nach Größe der Anstalt).
- e. Kurzfristige Einführung der Beförderungsstufe A10 für die Stellvertreter der Werkdienstleiter, die derzeit nach A11 besoldet sind. Gegenwärtig gibt es im Werkdienst, trotz der geforderten Meisterqualifikation, keine Beförderungsmöglichkeiten nach A10.
- f. Kurzfristige Schaffung der Möglichkeit der Beförderung nach A10 für die Leiter der Krankenreviere (Aufstieg gem. § 22 LBGBW) größerer Justizvollzugsanstalten und mindestens nach A9 mit Zulage in kleineren Justizvollzugsanstalten. Die Verantwortung, die mit dieser Funktion verbunden ist, spiegelt sich unseres Erachtens nicht annähernd in der Besoldung wider. Schon heute ist es oft extrem schwierig, diese Positionen in den Justizvollzugsanstalten überhaupt noch mit geeigneten Bediensteten zu besetzen.
- g. Vor dem Hintergrund der demographischen Herausforderungen der Zukunft erscheint es uns auch angezeigt, zur Steigerung der Attraktivität der Berufsbilder im Justizvollzug, die so-

genannten Anwärtersonderzuschläge, angemessen anzuheben.

- h. Ganz grundsätzlich wäre es mittelfristig ein großer Schritt in die richtige Richtung, alle Dienstposten, die derzeit mit A9 ausgewiesen sind, zukünftig in A9 mit Zulage einzustufen und alle Dienstposten, die derzeit in A9 mit Zulage bewertet sind, künftig in A10 einzustufen. Dies setzt aber zwingend eine damit einhergehende Schaffung der entsprechenden Haushaltsstellen voraus.

Wir fordern somit keine exorbitanten oder gar unangemessenen Verbesserungen oder Zuwächse für unsere Kolleginnen und Kollegen, sondern eine Gleichstellung oder Annäherung an andere vergleichbare Bereiche der Landesverwaltung (z.B. der Polizei als unserem Partner der inneren Sicherheit). Wir jammern nicht auf „hohem Niveau“, sondern wir zeigen Realitäten und Notwendigkeiten auf.

2. Personalausstattung:

- a. Dem **BSBD** ist bewusst, dass Baden-Württemberg auch weiterhin eine eher sparsame Politik in Bezug auf die Ausstattung des Justizvollzuges mit zusätzlichem Personal anstreben wird. Wir sind aber der festen Auffassung, dass der Justizvollzug in Baden-Württemberg nicht mehr über das notwendige Personal verfügt, dass er benötigt, da die Entwicklungen der letzten Jahre umfangreiche Zusatzaufgaben – nicht zuletzt durch die hochproblematische Gefangenensituation – generiert haben. Dieser Aufgabenzuwachs ist aber nicht durch zusätzliches Personal aufgefangen worden. Leider ist es auch keineswegs so, dass die derzeit rückläufigen Gefangenzahlen zu einer signifikanten Entlastung des Personals geführt haben. Der **BSBD** ist daher der Auffassung, dass der Justizvollzug nur ausreichend Personal zur Erfüllung seiner ureigenen Kernaufgaben hat. Amtshilfe bei Gerichten, Personalausfälle durch Kindererziehungs- und Elternzeiten, Erkrankungen und selbst die Abwicklungen der gesetzlichen Urlaubsansprüche, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, sprengen regelmäßig die Personalplanungen der Justizvollzugsanstalten, überlasten die Bediensteten und führen zu einer dauerhaft angespannten und explosiven Stimmung in vielen Justizvollzugsanstalten.

b. Der **BSBD** meint, dass die zeitnahe Schaffung von ca. 100 Neustellen den Justizvollzug in Baden-Württemberg wieder stabilisieren helfen könnte. Dies erscheint uns auch nicht unmöglich, da wir feststellen durften, dass in vielen anderen Bereichen der Landesverwaltung (Lehrer, Polizei, Forst, Straßenbau, Gerichtswachtmeister) entweder Stellenkürzungen kräftig und nachhaltig zurückgefahren oder sogar zusätzliche Stellen geschaffen werden konnten.

Es gilt unseres Erachtens, hier eine ausgewogene Mischung aus beiden Komplexen zur kurz- und mittelfristigen Problemlösung im Justizvollzug anzustreben. Wir fordern keine Besserstellung, aber wünschen uns auch keine Benachteiligung des Justizvollzuges und halten unsere Forderungen für angemessen und in der Summe auch nicht für überzogen.

Der bereits angeführte Blick in andere Ressorts zeigt, dass bei veränderten Rahmenbedingungen reagiert wird. Dies ist nun auch für den Justizvollzug mehr als angezeigt. Für Rückfragen steht der Landesvorstand des **BSBD** Baden-Württemberg gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Alexander Schmid
(Landesvorsitzender)

Schreiben an den BBW Beamtenbund und Tarifunion

Haushaltsbegleitgesetz 2015/16-Anhörungsentwurf

Stellungnahme des Bundes der Strafvollzugsbediensteten BSBD

Sehr geehrte Frau Hauth, sehr geehrte Damen und Herren,
der **Bund der Strafvollzugsbediensteten** hält die im Anhörungsentwurf B.I. angedachte Änderung des Landesbesoldungsgesetzes für nicht ausreichend.

Im Justizvollzug des Landes Baden-Württemberg sind ca. 85 % der Bediensteten im mittleren Dienst beschäftigt. Somit hat die vorgesehene Änderung unmittelbare und starke Auswirkungen auf die Beförderungsstrukturen des Justizvollzuges.

Es können durch eine weiter reichende Entscheidung, die sich nicht nur auf eine kleine Korrektur beschränkt, wegweisende Entscheidungen in Punkto Zukunftsfähigkeit, Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit des Justizvollzuges im Kampf um die besten Kräfte getätigt werden.

Hierzu ist es aber unseres Erachtens auch notwendig, den Anteil der Stellen

in der Besoldungsgruppe A 9 auf mindestens 50 Prozent anzuheben und gleichzeitig auch den Anteil der Stellen die mit einer Zulage ausgestattet sein dürfen, ebenfalls auf 50 Prozent anzuheben.

Wir halten diesen Schritt auch vor dem Hintergrund des bekannten und bereits gerichtlich kritisierten Besoldungsrückstandes in Baden-Württemberg, welcher insbesondere die einkommensschwächere Gruppe der mittleren Dienste trifft, für mehr als angezeigt.

Die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag mehrfach von einer Stärkung der Justiz und des öffentlichen Dienstes, von angemessener Besoldung und Versorgung und von Leistung welche sich bezahlt machen soll gesprochen. Nun gilt es auch so zu Handeln.

Mit freundlichen Grüßen
Alexander Schmid
(Landesvorsitzender)

Aus: Staatsanzeiger – Freitag, 14. November 2014 – Nr. 45

Zahl der Problemfälle in den Gefängnissen gestiegen

Gewerkschaft sieht Handlungsbedarf – Alexander Schmid fordert neue Kommission und mehr Personal

„In Bruchsal hungerte sich im Sommer ein Häftling zu Tode, in Adelsheim gab es eine Massenschlägerei unter Gefangenen; auch sechs Strafvollzugsbeamte wurden dabei verletzt. Justizminister Rainer Stichelberger (SPD) steht unter Druck. Alexander Schmid, Landesvorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) erläutert, wo aus seiner Sicht die Probleme liegen.

Staatsanzeiger: *Ihr oberster Dienstherr ist in Bedrängnis. Haben Sie Mitleid mit dem Justizminister?*

Alexander Schmid: Das ist das falsche Wort. Die Vorgänge in Bruchsal sind derzeit aus Sicht der Gewerkschaft nicht zu beurteilen. Es wäre einfach, mit Öl ins Feuer zu gießen, aber das ist nicht mein Stil.

Staatsanzeiger: *Todesfälle und Schlägereien – sind Insassen wie Mitarbeiter im Gefängnis noch sicher?*

Alexander Schmid: Das fragen sich im Moment viele im Justizvollzug. Ich hoffe, auch der Herr Minister und seine Mitar-

beiter. Mich macht es traurig, dass man Adelsheim völlig aus der politischen Diskussion ausklammert, selbst in der Opposition. Die neue Dimension der Gewalt dort ist erschreckend. Ich fürchte, dass wir nicht das letzte Mal über Vorfälle solcher Art sprechen müssen.

Staatsanzeiger: *Wie erklären Sie sich eine Eskalation der Gewalt wie in Adelsheim?*

Alexander Schmid: Da kommt vieles zusammen: Subkulturen, Banden, Russlanddeutsche sind Stichworte, aber auch Rocker – in Stuttgart laufen mehrere Großprozesse. Das ist ein Abbild gesellschaftlicher Entwicklungen. Und im Mikrokosmos Vollzug potenzieren sich die Probleme.

Staatsanzeiger: *Sind die Probleme in den Haftanstalten heute größer als vor 20 Jahren?*

Alexander Schmid: Es gibt heute eine andere Gefangenenpopulation. Neben den genannten Problemen gibt es viel mehr

psychisch auffällige Gefangene: 2600 im Jahr 2013, die Zahl hat das Justizministerium genannt. Und das sind ja nur die, die sich im Rahmen der Zugangsuntersuchung dem Arzt gegenüber offenbart haben. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen.

Staatsanzeiger: *Sind aus Adelsheim schon die notwendigen Schlüsse gezogen worden?*

Alexander Schmid: Ich kenne keinen Schluss aus Adelsheim. Die Anstaltsleitung hat gut reagiert, ebenso der Kriseninterventionsdienst für Opfer unter den Kollegen. Auch der Minister war zeitnah vor Ort und ich glaube ihm, dass er betroffen war und ist. Aber das war es auch schon. Wir brauchen eine Kommission ohne Denkverbote, die den Strafvollzug insgesamt betrachtet - auch die Frage: Wie ist die Personalausstattung und -dichte?

Staatsanzeiger: *Muss das Verhältnis von Resozialisierung und Schutz vor*



Alexander Schmid, Landesvorsitzender des BSBD-Baden-Württemberg



Zellentrakt der JVA Bruchsal. Foto: dpa

Straftaten auch im Gefängnis selbst anders gewichtet werden als bisher?

Alexander Schmid: Schnellschüsse wären gefährlich. Die Mehrheit der Gefangenen will zum Glück noch immer ihre Haftzeit positiv nutzen. Leider gibt es aber einen zunehmenden Anteil von Problemfällen.

Staatsanzeiger: Ihre Gewerkschaft fordert den Ausbau der Sicherheit. Wird das Politik und Gesellschaft nicht zu teuer sein?

Alexander Schmid: Die Frage müsste anders lauten. Darf man hoheitliche staatliche Aufgaben, darf man die Sicherheit der Inhaftierten, des Personals und der Bevölkerung überwiegend unter fiskalischem Gesichtspunkt sehen? Ich meine: nein.

Staatsanzeiger: Sie verlangen mehr Personal?

Alexander Schmid: Baden-Württemberg hat mit am wenigsten Bedienstete im Strafvollzug. Für dieselbe Dichte wie im Bundeschnitt wären über 300 neue Stellen nötig. Mit 100 Stellen könnten wenigstens die ärgsten Nöte behoben werden. Ein Beispiel: Wir arbeiten grundsätzlich in einer Abteilung mit nur einem Bediensteten. Eigensicherung ist da sowieso ein Fremdwort. Einer allein soll 30, 40, 50 Gefangene den ganzen Tag begleiten und noch mitbekommen, ob es innerhalb der Gruppe brodelt, ob sich Konflikte anbahnen wie in Adelsheim – das funktioniert nicht.

Das Gespräch führte Christoph Müller.

Gewerkschaft beklagt hohen Krankenstand

Rund 3.700 Strafvollzugsbedienstete sind in den Haftanstalten Baden-Württembergs beschäftigt. Bei der Personalausstattung rangiert der Südwesten laut **Alexander Schmid** – Landesvorsitzender des **Bunds der Strafvollzugsbediensteten (BSBD)** – mit Bayern und Nordrhein-Westfalen bundesweit am Ende. Die zunehmende Belastung der Vollzugsbeamten zeige auch der Krankenstand. Im Jahr 2013 sei dieser mit 21,2 Krankentagen deutlich höher gewesen als im Jahr 2012 (19,6 Tage). Dem **BSBD** als größter gewerkschaftlicher Organisation des Berufszweigs gehören **Schmid** zufolge über zwei Drittel der Bediensteten an.“

(Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Redaktion des Staatsanzeigers für Baden-Württemberg)

Bericht des BBW vom 29. Oktober 2014

Guido Wolf: Arbeit von Personalräten ist ungemein wichtig

Landtagspräsident empfängt Personalräte des Beamtenbunds im Landtag

Landtagspräsident Guido Wolf hat am 22. Oktober 2014 bei einem Empfang für Personalräte, die Mitgliedsgewerkschaften und Verbänden des BBW angehören, die Arbeit der Personalvertretungen „als ungemein wichtig“ gewürdigt. Zu dem Empfang waren Abgeordnete der CDU, der SPD und der FDP gekommen. Vertreter der Bündnisgrünen fehlten.

BBW-Chef Volker Stich dankte dem Gastgeber für die Einladung. Sie sei ein Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung, was die Beamtinnen und Beamten doppelt zu würdigen wüssten, insbesondere weil ihnen die grün-rote Landesregierung beides verweigere und stattdessen ihren beruflichen Einsatz und ihr Engagement mit verzögerten Gehaltserhöhungen und Abstrichen bei der Beihilfe „belohne“.

Landtagspräsident **Wolf** hat bereits zum zweiten Mal in dieser Legislatur Personalräte aus den Reihen des **BBW** im Landtag empfangen. Bei der jüngsten Veranstaltung bescheinigte er ihnen, die Tätigkeit der Personalräte sei „die Voraussetzung dafür, dass das Innenleben der öffentlichen Verwaltung reibungslos und effizient funktionieren kann“. Den Personalräten falle die Aufgabe zu, die Interessen der Beschäftigten gegenüber der Dienststellenleitung zu vertreten. Dabei müssten sie jedoch auch die Aufgabenerfüllung ihrer Dienststelle und insbeson-

Dienstes als Arbeitgeber zu erhalten. Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber lässt aus Sicht des Beamtenbundes viel zu wünschen übrig. Der Erhalt von Stellen an den Schulen, die Schaffung zusätzlicher Stellen in der Finanzverwaltung oder dem Straßenbau, das alles wisse der **BBW** sehr wohl zu würdigen, räumte **Stich** ein. Schließlich kämen diese Maßnahmen indirekt auch den Kolleginnen und Kollegen zugute, indem Bewältigungsdruck und Bearbeitungsrückstau verkleinert werden. Aber eben nur indirekt, und vor allem nicht im Portemonnaie. Die Wirkung komme an anderer Stelle an, sagte der **BBW**-Vorsitzende. Parallelen dazu zeigte **Stich** auch im Zusammenhang mit der Reform des Personalvertretungsgesetzes auf. Er räumte zwar ein, dass die Ausweitung der Freistellungen den Personalräten tatsächlich zu Gute kommen könne. Aber ohne eine entsprechende Kompensation vermehrter Freistellungen durch zusätzliche Stellen würden die Erleichterungen in



Empfang im Landtag für Personalräte aus den Reihen des BBW.

Foto: BBW

dere das Gemeinwohl im Blick behalten. „Diese Ziele abzuwägen und miteinander in Einklang zu bringen ist herausfordernd und anspruchsvoll“, sagte **Wolf**. In einer sich wandelnden Arbeitswelt stellten die gewählten Vertreter für die Beschäftigten des Landes ein modernes, faires und humanes Arbeitsumfeld sicher. In Zeiten des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels sei es ein Anliegen aller, die Attraktivität des öffentlichen

der Arbeit der Personalräte erkaufte durch eine generelle Aufgabenverdichtung aller Beschäftigten.

Im Koalitionsvertrag hatte Grün-Rot 2011 festgeschrieben, „im Personalvertretungsrecht die vorgenommenen Einschränkungen zurückzuführen und die Rechte der Interessenvertretungen mit Blick auf ihre verantwortungsvolle Aufgabenwahrnehmung auszubauen und zu stärken“. Dieser Zielsetzung ist die Lan-

desregierung nach Auffassung des **BBW** nur bedingt nachgekommen. Es sei bedauerlich, dass Grün-Rot die Chance nicht genutzt habe, die bisherige Struktur des **LPVG** umfassend zu novellieren und sämtliche Beteiligungstatbestände der Anhörung, Mitwirkung und eingeschränkten Mitbestimmung in die volle Mitbestimmung zu überführen, unterstrich Stich.

Mit der Feststellung, die Stimmung im baden-württembergischen öffentlichen Dienst, in der Beamtenschaft, ja bei den „Königsmachern von **Grün-Rot**, habe sich verdunkelt, leitete **BBW**-Chef zur letzten Passage seiner Rede über und erklärte: „Indikator für die sinkende Zustimmung der aktuellen Landesregierung im öffentlichen Dienst sind Personalratswahlen. Der öffentliche Dienst – bis auf die Polizei – hat gewählt. Bis zu zweistellige Stimmgewinne für die Verbände und Gewerkschaften unter dem Dach des Beamtensyndikats zeigen unmissverständlich auf, wie stark unser Rückhalt ist. Das „Spiel“ – nein die „finale Auseinandersetzung“ – ist eröffnet für die entscheidende Schlussphase in dieser Legislaturperiode.“ (Quelle: Homepage des **BBW**)

Wohltuender Dank aus den Reihen der Politik

Guido Wolf (CDU) und BBW-Vorsitzender Volker Stich hatten eingeladen

Landtagspräsident Guido Wolf hatte am 22.10.2014 zusammen mit dem BBW-Vorsitzenden Volker Stich in den Landtag geladen und ca. 150 Personalräte aus dem Bereich des BBW waren gerne dieser abendlichen Einladung gefolgt.

Auch Personalräte des **BSBD** aus verschiedensten Anstalten wie Schwäbisch-Gmünd, Rottenburg, Mannheim, Stuttgart, Offenburg und Heilbronn hatten die teils längeren Anreisen nicht gescheut, um mit den anwesenden Vertretern der Fraktionen des Landtages und der Spitzengewerkschaften sowie mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Personalvertretungen den Austausch zu suchen. Auch der Vorsitzende

der **SPD**-Fraktion im Baden-Württembergischen Landtag, **Claus Schmiedel**, hatte es sich, im Gegensatz zu den leider abwesenden Vertretern der Fraktion der Grünen, nicht nehmen lassen, persönlich zu erscheinen, und damit die Arbeit der Personalräte wert zu schätzen. Die **BSBD**-Personalräte danken für die Einladung und freuen sich schon heute auf den zukünftigen Austausch an solch exponierter Stelle im Landtag.

Alexander Schmid



Von links: Personalrat Boris Rexter (JVA Offenburg), Landtagspräsident Guido Wolf, BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid. Foto: BSBD

Fachgruppe gehobener Verwaltungsdienst tagte

Herbstsitzung in der JVA Mannheim – Termin für die Frühjahrstagung: 22. April 2015

Am 22. Oktober 2014 trafen sich die Mitglieder der Fachgruppe gehobener Verwaltungsdienst zur Herbstsitzung in der JVA Mannheim.

Sehr erfreulich war, dass alle Mitglieder anwesend sein konnten und auch zwei Gäste aus dem Kreis der jungen Mitarbeiter des gehobenen Verwaltungsdienstes begrüßt werden konnten. Zielsetzung der Fachgruppe ist es, die jungen Laufbahnangehörigen für die Arbeit der Fachgruppe zu interessieren und Impulse aus deren Reihen für die Belange der Laufbahn entgegen zu nehmen.

Nach der Begrüßung durch die Fachgruppensprecherin Frau **Enle-Bohn** und deren Dank an den Kollegen **Ruland**

für die Ausrichtung der Veranstaltung in der JVA Mannheim, berichtete stellvertretender Fachgruppenvertreter im Landesvorstand **Harald Haag** von der Landeshauptvorstandssitzung im Juni in Gültstein.

Es folgten die Kurzberichte der beiden Landesvorstände **Hans Karl** und **Peter**

Zielinski aus dem Landesvorstand. Im Anschluss daran widmete sich die Gruppe der Vorbereitung der geplanten Fachgruppentagung im Frühjahr 2015. **Termin ist der 22. April 2015.** Bitte schon jetzt vormerken.

Die Veranstaltung wird in den Räumen der **BBBank** in Karlsruhe stattfinden. Sie soll unter dem Motto: „**Kennenlernen – Austauschen – effektives Zusammenarbeiten**“ stehen. Die Fachgruppe möchte nach vielen Jahren wieder einmal alle Mitarbeiter im gehobenen Verwaltungsdienst zu einer Tagung zusammenrufen und diese Gelegenheit nutzen um die Arbeit der Fachgruppe vorzustellen.

Dankenswerterweise haben der Personalreferent der Abteilung IV, Herr Ministerialrat **Weik** und der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** bereits ihr Kommen zugesagt. Neben einem Informationsteil soll aber auch ausreichend Zeit bleiben für Gespräche und Fragen. Wir wünschen uns, dass möglichst viele der Einladung folgen werden.



■ Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
■ Extra günstig vom Spezialisten
■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
■ Baufinanzierungen günstig bis 120%

0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstigster Autokredit
effektiver Jahreszins
3,95%
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 30.000 €, Lfz. 96 Monate, 3,95% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,88% p.a., Rate 365,- €, Gesamtkosten 34.928,25 €

www.Autokredit.center

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 €, effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.820 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

Landeshauptvorstand tagte am 2. und 3. Juni 2014 in Gültstein bei Herrenberg

Reiche Information und gelebte Kollegialität

BBW-Landesvorsitzender Volker Stich und Rechtsanwalt Wolfgang Lavorenz vom dbb-Dienstleistungszentrum Mannheim als prominente und kompetente Referenten beim BSBD-Landesverband

Bei herrlichem Frühsommerwetter reisten am Morgen des 2. Juni 2014 rund fünfzig Kolleginnen und Kollegen aus den Ortsverbandsvorständen und als Fachgruppenvertreter bei der Tagungsstätte des KVJS (KVJS = Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg) an und sie wurden dort vom Landesvorstand herzlich empfangen. Die Mitglieder des Landeshauptvorstands trafen ein wunderschönes, in einer Parklandschaft gelegenes Ensemble aus einer beschaulichen Jugendstilvilla sowie modernen und gut angefügten Tagungs- und Unterkunftsgebäuden an. Das gleichermaßen ansprechende wie funktionale Ambiente war so wie geschaffen für unbelastete konzentrierte Sitzungsarbeit und – da erstmals zwei Tage angesetzt waren – für wohlgeselliges gemütliches Zusammensein.

1. Eröffnung und Begrüßung

Um 10.30 Uhr begrüßte der Vorsitzende **Alexander Schmid** die anwesenden Mitglieder des Landeshauptvorstands in der freudigen Erwartung auf eine gelingende zweitägige Veranstaltung. Sein besonders herzlicher Gruß galt den Ehrenmitgliedern **Wolfram Müller**, **Wolfgang Kneip** und **Hansjörg Schwaab** sowie dem Kollegen-Ehepaar **Martina** und **Walter Schmid** als Verantwortliche für die Mitgliederverwaltung.

Der Vorsitzende gratulierte im Namen des Landesverbands Kollegen **Detlef Hamacher** zur am 28.11.2013 erfolgten Wiederwahl als Vorsitzender des OV Rottenburg. Weiterhin hieß er im Kreise des Hauptvorstands sehr herzlich willkommen die neu gewählten Ortsverbandsvorsitzenden aus dem OV Adelsheim – Kollegin **Pamela Muratore** – sowie die Kollegen **Volker Benz** vom OV Ravensburg und **Simon Raschke-Braun** vom OV Pforzheim.

Als designierten Fachgruppenvertreter für den sozialpädagogischen Dienst konnte Kollege **Sven Brühl** aus dem OV Mannheim ebenfalls begrüßt werden.

Im Rahmen der Genehmigung der Tagesordnung kündigte der **BSBD-Vorsitzende** als Gastredner für den Nachmittag den Vorsitzenden des Beamtensyndikats Baden-Württemberg (**BBW**), **Volker Stich**, und für den nächsten Vormittag Rechtsanwalt **Wolfgang Lavorenz** vom **dbb-Dienstleistungszentrum Mannheim (DLZ)** an. Da zu erwarten sei, dass **Volker Stich** ausführlich auf die Sparpakete I bis IV der grün-roten Landesregierung – allein zu Ungunsten der Landesbeamtinnen und -beamten – eingehen werde, beantragte **Alexander Schmid**, seinen Bericht, der ebenfalls diese Thematik enthalte, auf einen späteren Zeitpunkt der TO zu verlegen; diesem Antrag wurde von der Versammlung einstimmig entsprochen. Nach dem Aufruf und der Behandlung von Anträgen aus zurückliegenden Sitzungen mit entsprechenden Erledigungsvermerken und kurzen Erläuterungen zu den aktuellen Sachständen hatte der Landesvorsitzende die zugleich angenehme wie bewegende Aufgabe, einige Ehrungen vorzunehmen.

2. Verabschiedungen aus dem Landeshauptvorstand

Alexander Schmid verabschiedete vier langgediente Mitstreiter, die den Landeshauptvorstand verlassen. Er stellte die einzelnen Werdegänge der Kollegen im **BSBD** vor und bedankte sich im Namen des **BSBD-Landesvorstandes** sowie des Landeshauptvorstandes mit Weinpräsenten der Staatsdomäne Hohrainhof.

Joachim Schork (JVA Adelsheim)

- erste Teilnahme als OV-Vorsitzender bei der LHVS in Kronau

- Vorsitzender des OV Adelsheim ab 2004 bis März 2014
- ab März 2014 stellv. OV-Vorsitzender
- Mitgliederzuwachs von 137 auf 174 Kolleginnen und Kollegen
- auch als ÖPR-Vorsitzender langjährig sehr engagiert
- Organisator der Ausflüge des **BSBD-OV Adelsheim**, die oft zweitägig waren und regen Zulauf hatten.

Friedel Prange (JVA Heimsheim)

- erste urkundliche Nennung in der Sitzung des LHV am 22.10.1999 in Pforzheim als Vorsitzender des OV Heimsheim
- am 19.10.2001 wurde er durch den LHV als FG-Vertreter Sozialdienst bestellt, der nun von seinem Nachfolger übernommen wird
- langjähriger Personalrat im ÖPR Heimsheim und GPR Heimsheim-Pforzheim als Vorsitzender

Roland Kunz (vertreten durch Hubert Weber, JVA Mannheim-Heidelberg)

- Eintritt in den BSBD am 01.04.1994
- 2001 bis 2010 stellv. Vorsitzender des OV Heidelberg
- erste Nennung als OV-Vorsitzender am 05.11.2010 in Flein beim LHV
- OV-Vorsitzender dann bis 2013, danach Auflösung des OV Heidelberg und Integration in den OV Mannheim

Raimund Holly (JVA Ravensburg)

- Eintritt in Vollzug am 01.04.1972
- Eintritt in den BSBD am 01.01.1986
- tätig im JVK Hohenasperg und später im Revier der JVA Ravensburg
- FG-Vertreter Krankenpflegedienst
- als Pensionär Übernahme des OV-Vorsitzenden in Ravensburg bis 26.05.2014

Nach der Ehrung durch den Vorsitzenden Schmid richteten die Kollegen noch einige Worte an das Plenum, bei dem sie sich für die gute Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen bedankten. Ihre Ämter konnten sie in jüngere Hände geben, was den Abschied etwas milderte. Leider sei es bei vielen jungen Kolleginnen und Kollegen



Tagungszentrum Gültstein. Foto: W. Feldmann

nicht mehr selbstverständlich, sich im **BSBD** zu engagieren und verantwortungsvolle Funktionen zu übernehmen.

3.1 Berichte der Fachgruppenvertreter

Die Vertreter und Sprecher der einzelnen Fachgruppen gingen insbesondere auf die zahlreichen Zusammenkünfte mit den Kolleginnen und Kollegen ihrer jeweiligen Dienstgruppen sowie auf die dort behandelten Themen ein. Besondere Bedeutung wurde dabei der Bearbeitung und Erstellung von „Positionspapieren“ und „Flyern“ beigemessen, die von einigen Fachgruppen bereits fertig gestellt wurden oder kurz vor der Vollendung stehen. Diese Aktionen seien vor allem zur Gewinnung von Personal sehr wichtig, da es bei den von der Landesregierung verordneten Sparmaßnahmen – z.B. auf den Gebieten Beihilfe, verzögerte Besoldungsanpassung, abgesenkte Eingangsbesoldung – immer schwieriger werde, geeignete und kompetente Nachwuchskräfte zu finden.

So wurde die Personalwerbekampagne für den **gehobenen Verwaltungsdienst** im Justizvollzug mit dem Flyer „Sie sind der Schlüssel“ und der Infoveranstaltung in Bruchsal als eine gelungene Sache beschrieben, die eventuell zur Personalgewinnung im Herbst 2014 führen könnte. Aktuell laufe die Organisation einer Veranstaltung mit dem Motto „Kennenlernen – Austauschen – effektives Zusammenarbeiten“.

Auch die Fachgruppe der **Jungen Bediensteten** widmete sich schwerpunktmäßig dieser Thematik mit ihrem Tagungsmotto: „Wie können wir Bewerber für die Arbeit im Gefängnis gewinnen?“

Hierzu konnte der Vorsitzende der **BBW-Jugend Matthias Wenz** mit einem sehr informativen und lehrreichen Referat gewonnen werden. Bei einer weiteren Veranstaltung vom 22. bis 25.05.2014 – dem Landesjugendausschuss und Landesjugendtag des **BBW** – konnte unter Teilnahme von **BSBD-Vertretern** an einer Podiumsdiskussion mit den Jugendorganisationen der Parteien die momentane Pro-



V.l.: 1. Stv. Vorsitzender Georg Konrath – die zu Ehrenden: Raimund Holly, Vertretung H. Weber für Roland Kunz, Joachim Schork und Friedel Prange – Vorsitzender Alexander Schmid. Foto: BSBD-LV

blematik für junge Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug rübergebracht werden. Zudem wurde eine hohe Beteiligung an einer weiteren Podiumsdiskussion am 09.07.2014 unter dem Titel „Demografie-Kongress 2014“ im Landtag mit der **BBW**-Jugend von der Fachgruppe empfohlen, wozu alle jungen Kolleginnen und Kollegen eingeladen seien.

Das Positionspapier der Jungen Bediensteten wird voraussichtlich im Oktober 2014 vorliegen. Der Fachgruppensprecher des **allgemeinen Vollzugsdienstes** berichtete von der Fertigstellung eines Forderungskatalogs und eines „Berufsbildflyers“. Als Inhalte des Forderungskatalogs wurden eine Reihe von Problemen zusammengestellt, so unter anderem die Punkte Stellenkegel und Stellenschlüssel, Beurteilungen, institutionalisierte Mitarbeitergespräche und die geplante landesweite Mitarbeiterbefragung sowie die Übernahme der „freien Heilfürsorge“ für die Vollzugsbediensteten. Natürlich gab es noch weitere kritische Stimmen aus den Fachgruppen, die sich im Wesentlichen auf die Personalentwicklung und Personalorganisation bezogen: So monierten die **Werkdienstvertreter**, dass das schon 2011 aufgelegte Positionspapier mit bescheidenen und finanziell überschaubaren Forderungen bisher zu keinen spürbaren Verbesserungen für den WD geführt hätte. Ganz konkret seien eine höhere Eingangsbesoldung und Erhöhung der Meisterzulage im Hinblick auf die Nachwuchsgewinnung anzugehen, denn schon heute könnten nicht mehr alle Stellen besetzt werden. Diese Problematik wird bei einem



Blick ins Plenum des Landeshauptvorstands.

Foto: BSBD-LV

Vergleich der Situation der Meister in der freien Wirtschaft mit denen des VAW bestätigt.

Der Vorsitzende **Schmid** unterstrich, dass der Werkdienst und die Forderungen des Positionspapiers immer im Fokus des Landesvorstandes stehen und auch vom Justizministerium sowie vom Minister selbst diese Positionen akzeptiert worden sind. Einer Umsetzung stünden aber immer wieder die Haushaltsentscheidungen des Finanzministeriums im Wege.

Die Problematik ist aber weiterhin auf der Agenda und wird vom Ministerium und der Abteilung unterstützt. Forderungen anderer Gewerkschaften – wie die des BTB – werden vom Justizministerium nicht unterstützt, da sie wenig bzw. nicht umsetzbar sind. Der Vorsitzende regt an, einen bildlichen Vergleich und Fakten zwischen den Meistern der freien Wirtschaft und denen des Werkdienstes zu erstellen. Damit können Argumente leichter an entsprechenden Stellen vorgebracht werden. Hilfreich ist es eventuell auch, Politiker zur nächsten Fachgruppentagung einzuladen.

Vom **mittleren Verwaltungsdienst** kam Kritik am Stellenbesetzungskatalog und dessen Auswirkungen in der Praxis. **Alexander Schmid** dankte der Fachgruppe für die gute Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand in Sachen der Unterdecke-

lung der im Haushalt fehlenden Stellen, das bereits an das Ministerium herangetragen worden sei. Von Seiten des **Krankenpflegedienstes – i.V.m. dem Ärztlichen Dienst** – wurde über eine Fachgruppentagung am 14.05.2014 in Konstanz sowie über weitere Gespräche unter Beteiligung des **BSBD** berichtet. Verschiedene Themen wie z.B. Nachwuchsprobleme, Nachwuchsgewinnung von Ärzten etc., aber auch kritische Punkte wie z.B. die Zusammenarbeit des JVKH Hohenasperg mit den anderen Anstalten wurden angesprochen. Zudem könne sich das Verhältnis zu den Fachgruppen **Ärztlicher Dienst** und **Krankenpflegedienst** – nach der vorangegangenen Ära – nur verbessern. Von der Fachgruppe des **Landwirtschaftlichen Dienstes** wurde angemerkt, dass vielfach wegen sinkender Gefangenzahlen Umstrukturierungen von landwirtschaftlichen Betrieben notwendig würden, hierfür jedoch die finanziellen Ausstattungen nicht vorhanden wären.

Der Fachgruppensprecher des **Psychologischen Dienstes** berichtete von zwei Treffen im Dezember 2013 und April 2014.

Ein großes Thema in diesem Fachbereich ist ebenfalls die Personalsituation bzw. der Stellenkegel. Ein differenzierter Funktionsstellenkatalog wurde ausgearbeitet und dem Ministerium vorgelegt. Zunehmend wird es auch im psychologischen Dienst immer schwieriger, offene Stellen zu besetzen. Mittlerweile hat die FG ein Gesprächsangebot des Justizministeriums genutzt und ein Arbeitsgespräch geführt. Es wird auch der Umstand beklagt, dass den Psychologinnen und Psychologen trotz ihrer Zugehörigkeit zum höheren Dienst der Zugang zu Führungspositionen als Vollzugsleiter oder gar als Anstaltsleiter im baden-württembergischen Justizvollzug in der Regel verschlossen bliebe. Dies hänge wohl auch damit zusammen, dass gerade Anstaltsleiterstellen nicht öffentlich ausgeschrieben würden, so dass man sich als Psychologin oder Psychologe auch gar nicht bewerben könne.

Weitere Fachgruppenberichte wurde nicht erstattet, da diese Fachgruppen zum Teil erst in der zweiten Jahreshälfte ihre Zusammenkünfte eingeplant haben oder derzeit keine aktuellen Ergebnisse beizutragen hatten.

3.2 Wahl von Fachgruppenvertretern

Der LHV hatte noch die Aufgabe, einen Fachgruppenvertreter im sozialpädagogischen Dienst und dessen Stellvertreter sowie einen stellvertretenden Sprecher des landwirtschaftlichen Dienstes zu bestellen.

Auf Vorschlag der jeweiligen Fachgruppenmitglieder im Landesverband wurde vom LHV folgendes entschieden: Es werden einstimmig Kollege **Sven Brühl** (JVA Mannheim) als Fachgruppenvertreter sozialpädagogischer Dienst sowie Kollege **Felix Grodd** (JVA Heilbronn) als dessen Stellvertreter bestellt. Als stellvertretender Fachgruppensprecher des landwirtschaftlichen Dienstes wird einstimmig Kollege **Werner Bohn** (JVA Ravensburg) bestellt.

4. Gastvortrag des **BBW**-Vorsitzenden **Volker Stich** am 2. Juli 2014

Der Vorsitzende **Alexander Schmid** begrüßt den **BBW**-Vorsitzenden **Volker Stich**. Der **BSBD** bedanke sich beim Dachverband für die Unterstützung durch diesen starken Partner. Ein herzlicher

Dank aller Anwesenden gehe an **Volker Stich**, der sich heute die Zeit nehme, über aktuelle Themen der Verbandsarbeit des **BBW** zu berichten.

Nachdem der **BBW**-Vorsitzende **Volker Stich** sich für die Einladung zur **BSBD**-Landeshauptvorstandssitzung bedankt hatte und den **BSBD** als einen der stärksten Verbände innerhalb des



BBW und **BSBD** im Schulterschluss: **Alexander Schmid**, **Volker Stich** und **Georg Konrath** (v.l.)

Foto: BSBD-LV

Beamtenbundes im Land hervorhob, informierte er in seinen Ausführungen über folgende Themen (stichwortartige Zusammenfassung).

Er sprach im Vorfeld die positive Entwicklung und Rückverstaatlichung der JVA Offenburg aus dem Experiment der Privatisierung an, was durch die grün-rote Landesregierung umgesetzt wurde. Leider wurden im Bereich des Justizvollzuges keine Verbesserungen im Hinblick auf die dünne Personaldecke und auf die unzureichende Bezahlung erreicht.

Aktuelle Geschäftsläufe auf Bundesebene (dbb)

- Der **dbb** begrüßt die Klarstellung des Bundesverwaltungsgerichts, dass für alle Beamtinnen und Beamten unterschiedslos ein generelles Streikverbot gilt. Dies geht aus den jetzt veröffentlichten Entscheidungsgründen des BVerwG zu einem Urteil vom 27. Februar 2014 hervor. „In keiner Weise nachvollziehbar sind jedoch die Erwägungen des Gerichts, das Beamtenverhältnis nach Aufgabebereichen zu differenzieren und einem, wie auch immer gearteten, nicht hoheitlich geprägten Bereich einen eigenständigen Status zweiter Klasse zuzuweisen“.
- Die Entwicklung der Besoldung und Versorgung muss Beamtinnen und Beamte an den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen teilhaben lassen. In mehreren Bundesländern sei dieses Prinzip der Teilhabe allerdings in den vergangenen Jahren missachtet worden. Die **dbb**-Spitze kritisierte erneut die Verfassungswidrigkeit von Abkopplungen bei Besoldungsanpassungen in verschiedenen Bundesländern durch Nullrunden oder Verschiebungen.
- Die Problematik der altersdiskriminierenden Besoldung wird in etwa zwei Wochen vor dem Europäischen Gerichtshof entschieden. Die Staatsanwaltschaft geht von einer Diskriminierung aus, was aber im Falle eines dementsprechenden Urteils auch Gefahren in sich birgt. So könnte die Landesregierung die Erfahrungsstufen kippen und diese auf einer Stufe nivellieren.
- Die Tarifeinigung in der Einkommensrunde 2014 vom 1. April 2014 ist abgeschlossen. Rückwirkend zum März diesen Jahres steigen sämtliche Tabellenentgelte im Bereich des TvöD nebst der individuellen Zwischen- und Endstufen um linear drei Prozent, mindestens aber um 90

Euro monatlich. Zum März 2015 werden die Beschäftigten linear 2,4 Prozent mehr Entgelt bekommen.

- Wie wird dieses Ergebnis auf die Beamten/innen übertragen? Bayern und Hamburg haben die Erhöhungen bereits Eins-zu-Eins übernommen, im Gegensatz zu NRW und Bremen, die eine Nullrunde ab A 12 oder eine Deckelung bevorzugten. Dazwischen ist Baden-Württemberg mit seinen „zeitlichen Verschiebungen“ zu finden.

Aktuelle Geschäftsläufe auf Landesebene (BBW)

- Beim Thema Orientierungspläne mit Sparauflagen für die Justiz in Höhe von 70 Millionen Euro und der angedachten Stundungslösung fordert **Volker Stich** die Fachgewerkschaften auf, den **BBW** zu kontaktieren, sobald Hilfe erforderlich werde. Aus seiner Sicht ist der **BSBD** gegenüber dem Ministerium sehr gut aufgestellt und benötigt hierzu keine Hilfe. Die Dachgewerkschaft ist aber jederzeit zur Unterstützung bereit.
- Ein weiteres Problem in der Verbandsarbeit ist die Zukunft der Beschäftigten, die durch die Auflösung der staatlichen Notariate ihren Einsatzort verlieren. Der **BBW** fordert schon seit vielen Monaten akzeptable Lösungen für den betroffenen



Landesvorsitzender Schmid mit Rechtsanwalt Wolfgang Lavorenz. Foto: BSBD-LV

Personenkreis, so unter anderem auch eine Vorruhestandsregelung für den Beamtenbereich.

- Nachdem die Berliner Koalition ihr Rentenpaket auf den Weg gebracht hat, pocht der **BBW** jetzt auf eine Gleichbehandlung in der Beamtenenschaft. In einem Schreiben an Finanzminister **Nils Schmid** fordert **BBW**-Chef **Volker Stich**, die Verbesserungen durch das RV-Leistungsverbesserungsgesetz auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in Baden-Württemberg zu übertragen. Mit dem Rentenreformpaket werden im Wesentlichen die Verbesserungen bei der Kindererziehung von vor 1992 geborenen Kindern („Mütterrente“) und der abschlagsfreie Rentenzugang mit 63 nach 45 Beitragsjahren geregelt; ebenso wird die Zurechnungszeit bei Erwerbsminderungsrenten um zwei Jahre verlängert.

- **Volker Stich** gab die parteipolitische Situation wieder: nachdem die Landtagswahl zur Mehrheit für **Rot-Grün** zum Regierungswechsel führte (mit 1,5 Prozentpunkten mehr als für die **CDU**), waren die Beamten/innen den neuen Landesherren noch positiv gegenüber eingestellt. Neuer politischer Stil, verschiedene Versprechen und keine Sonderopfer für den öffentlichen Dienst waren vor den Wahlen noch die Schlagworte. Ein Monat nach den Wahlen wurde bereits das Sparpaket I (Besoldungsverschiebung, Erhöhung Kosten-

dämpfungspauschale etc.) durchgesetzt. Weiter ging es mit dem Sparpaket II (2012), dem Sparpaket III (2013) und dem Sparpaket IV (2014). Allesamt Maßnahmen gegen die Beamten/innen des Landes Baden-Württemberg. Außer der Erhöhung der Grunderwerbssteuer (die nicht jeden betrifft), gab es keinerlei Einschnitte bei anderen Bürger- oder Bevölkerungsgruppen.

- Eine Umfrage in Baden-Württemberg vor ca. vier Wochen ergab, dass die **CDU** bei Wahlen aktuell etwa 41 Prozent der Stimmen bekäme. Ist dies ein Wendepunkt für unser Land? Möglich wären dann verschiedene Koalitionen, die woanders bereits realisiert sind (wie z.B. „Schwarz-Grün“ in Hessen oder „Schwarz-Rot“ im Bund).
- Der **BBW** sieht für 2014 keinen Bedarf für Großveranstaltungen, sondern wird 2015 wieder Demonstrationen einleiten, wenn kein zügiges Einlenken der jetzigen Landesregierung festzustellen ist.
- Die Vorbereitungen zu den Personalratswahlen im Justizbereich waren für **Volker Stich** und den **BBW** sehr unbefriedigend. Es ist hier nicht gelungen, eine gemeinsame Liste unter dem Dach des **BBW** aufzustellen, wie dies kürzlich bei den Lehrern geschehen ist, um Einigkeit und Geschlossenheit zu zeigen. Hier gab es einen Zuwachs von sieben Prozent gegenüber der letzten Wahl für die dem **BBW** zugeordneten Lehrverbände.

Volker Stich erwartet noch weitere Einsparmaßnahmen bei den Beamten. Planungen hierzu stünden schon im Raum. Der **BBW**-Vorsitzende ist sich sicher, eine geschlossene Beamtenenschaft hinter sich zu haben. Er dankt den Anwesenden für ihre Aufmerksamkeit.

Auf Nachfrage aus dem Plenum nennt **Volker Stich** die aus seiner Sicht maßgeblichen Gründe, weshalb Ministerpräsident **Kretschmann** so distanziert der Beamtenenschaft gegenüber steht. Allgemein hätten die Grünen aber durch ihre politischen Ursprünge ohnehin ein ausgeprägt distanziertes Verhältnis gegenüber dem Berufsstand der Beamten. Weiterhin wird der **BBW**-Vorsitzende zu verschiedenen Themen wie z.B. zu den **CDU**-Kandidaturen für die Landtagswahlen, zur Arbeitszeitanpassung an den Tariflichen Bereich, zur Erhöhung der Urlaubstage und zu anderen Themen befragt.

5. Gastvortrag von Rechtsanwalt Wolfgang Lavorenz vom dbb-Dienstleistungszentrum Mannheim (DLZ) am 3. Juni 2014

Der Vorsitzende **Schmid** begrüßte Rechtsanwalt **Lavorenz** vom DLZ aus Mannheim und dankte ihm für seine Bereitschaft, über die Arbeit und Leistungen der **dbb**-Rechtsschutzeinrichtungen zu berichten. (Der Vortrag ist im Folgenden stichwortartig aufgeführt.)

Rechtsanwalt **Lavorenz** stellt sich und das Dienstleistungszentrum kurz vor. Er selbst ist seit 1998 beim **dbb** beschäftigt und seit 15 Jahren beim DLZ in Mannheim. Seitdem ist das DLZ sehr gewachsen und beschäftigt derzeit neun Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen sowie neun Assistentinnen. Zuständig ist das DLZ Süd-West für die Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland. Deutschlandweit gibt es insgesamt fünf DL-Zentren mit ca. 42 Juristen/innen (in Voll- und Teilzeit) und 40 RA-Fachangestellten/Sekretärinnen, die jährlich etwa 9.000 neue Fälle bearbeiten. Seit 1999 sind sonach etwa 25.000 Fälle zusammengekommen.

Der **dbb** erbringt berufsbezogenen gewerkschaftlichen Rechtsschutz für die Einzelmitglieder im Auftrag seiner Mitgliedsorganisationen. Die Durchführung des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes ist eine freiwillige satzungsgemäße Aufgabe und wird durch die Dienstleistungszentren des **dbb** gewährleistet.

Bei Vorlage folgender Voraussetzungen erfolgt die kostenlose Rechtsschutzleistung für das Einzelmitglied:

- Bestehende Mitgliedschaft der Rechtsschutz gewährenden Stelle (Fach-Verband) und des Einzelmitglieds zum Zeitpunkt des Rechtschutzes
- Unmittelbarer Berufs- bzw. Dienstbezug des Rechtsschutzanliegens des Einzelmitglieds
- Vorheriger schriftlicher Rechtsschutzantrag
- Hinreichende Erfolgsaussicht im angestrebten Rechtsschutzverfahren
- Keine Ausschlussgründe.

Nach Zugang der nötigen Unterlagen prüft das DLZ folgende Umstände:

- Rechtsschutzanliegen (worum geht es?)
- Verfahrensfristen
- Kontaktdaten des Einzelmitglieds
- Vollständigkeit der Unterlagen etc.

Danach erfolgen:

- Kontaktaufnahme zur Mitgliedergewerkschaft und zum Einzelmitglied (Eingangsbestätigung und Anforderung noch fehlender Infos und der Vollmacht)
- Hiernach werden Beratung und Vertretung aufgenommen.

Unterschied zur Tätigkeit einer Anwaltskanzlei:

- Regionale Zuständigkeit
- Stets kostenloser Rechtsschutz für das Einzelmitglied
- Kein Streit um lukrative Mandate
- Keine Gebührenabrechnung am Ende des Verfahrens
- Im Vordergrund steht immer die interessengerechte Durchführung der Rechtsschutzsache für das Einzelmitglied.

Der gewerkschaftliche Rechtsschutz findet nicht im luftleeren oder rechtsfreien Raum statt. Er unterliegt bestimmten Regularien. Diese Regularien sind die Rechtsgrundlagen, auf Grund und im Rahmen derer die DLZ tätig werden können und dürfen. Diese sind u.a. die **dbb**-Satzung, die **dbb**-Rahmenrechtsschutzordnung, das Rechtsdienstleistungsgesetz, die Sachgesetze und die Prozessordnungen.

Der dbb übernimmt Rechtsschutz satzungsgemäß auf den folgenden Gebieten, wenn das Rechtsschutzanliegen unmittelbar berufs- bzw. dienstbezogen ist:

- Arbeitsrecht und Besoldungsrecht
- Beamtenrecht und allgemeines Dienstrecht
- Disziplinarrecht
- Beihilferecht und Sozialversicherungsrecht
- Kindergeldrecht
- Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht
- Zivilrecht (bei unerlaubter Handlung).

Prozessuale Vertretungsmöglichkeiten durch die DLZ in folgenden Instanzen:

- Arbeitsrecht bis zum Bundesarbeitsgericht
- Beamtenrecht bis zum Bundesverwaltungsgericht
- Sozialrecht bis zum Bundessozialgericht
- Strafrecht nach Wahlverteidigerzulassung - denkbar bis zum OLG/KG
- Steuerrecht nur vor dem Finanzgericht
- Beamten-, Sozial- und Arbeitsrecht bis zum Eu-

ropäischen Gerichtshof im Rahmen der nationalen Zulassung

In folgenden Verfahren tritt das DLZ nicht auf, sondern es werden externe Rechtsanwälte von den DLZ eingeschaltet.

- Amtsgericht in zivilrechtlichen Streitigkeiten
- Landgericht (z.B. Amtshaftung)
- Bundesgerichtshof (hier sind nur bestimmte RAe zugelassen)
- Bundesverfassungsgericht
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
- Strafverfahren, in denen die notwendige Verteidigung angeordnet wird.

Herr **Lavorenz** weist nochmals auf den satzungsgemäßen richtigen Ablauf bei der Beantragung eines Falles hin, um Rechtsschutz durch das DLZ zu erlangen. Im Falle des **BSBD** stellt das Einzelmitglied einen vorbereiteten Rechtschutzantrag (Formular auf der Homepage) über den **OV-Vorsitzenden** an den Landesverband. Der hier tätige Rechtsschutzbeauftragte (Justiziar) prüft auf Mitgliedschaft, Berufsbezogenheit des Anliegens und die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen u.a. Der Rechtsschutzbeauftragte berät selbst oder gewährt Rechtsschutz und leitet den Fall an das DLZ weiter.

Auf Anfrage bestätigt Rechtsanwalt **Lavorenz**, dass im DLZ jeder Anwalt alle Arten von Fällen bearbeiten kann bzw. muss und es daher keine Spezialisierung gibt.

Innerhalb des DLZ Mannheim gibt es aber untereinander durchaus fachlich qualifizierte Neigungen für bestimmte Fallkonstellationen, so dass diese entsprechend nach Fachkompetenz auch aufgeteilt werden können.

Im Bereich des Beamtenrechts liegt derzeit ein Schwerpunkt bei der Beihilfe, wo schon viele Gerichtsurteile ergangen sind. Die aktuelle Problematik der Gewährung von Klinikkosten nach den Gebühren von Vergleichskrankenhäusern liegt noch beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin. Obwohl die Praxis der Gewährung über Nacht geändert wurde, scheint diese Vorgehensweise grundsätzlich zulässig.

Auch die Kontaktaufnahme bzw. ein persönliches Treffen mit dem RA des DLZ ist möglich. Nachdem ein Fall angenommen und ein Aktenzeichen vergeben wurden, kann das Mitglied telefonisch, schriftlich oder per E-Mail Kontakt aufnehmen. Nach Absprache ist auch ein Termin mit dem zuständigen RA im DLZ Mannheim möglich. Das DLZ bietet jedoch keine Telefonhotline bzw. Beratung im Vorfeld von Rechtsschutzfällen an.

Auch bei Problemen mit der privaten Krankenkasse ist das Dienstleistungszentrum nicht zuständig. Der gewerkschaftliche Rechtsschutz greift nur bei Fällen in Verbindung mit der Beihilfe.

Im Falle, dass sich zwei Mitglieder streiten (z.B. Konkurrentenklage), wird das Mitglied durch das DLZ Mannheim vertreten, welches zuerst den Antrag eingereicht hat.

Das andere Mitglied wird durch ein anderes DLZ vertreten. So gibt es für beide Mitglieder keinerlei Einbußen – etwa durch Befangenheit – in der Rechtsvertretung.

Als persönliche Anmerkung möchte Rechtsanwalt **Lavorenz** noch abschließend den Anwesenden raten, bei eventuellen Problemen (z.B. bei Beschuldigungen und v.a. bei Disziplinarverfahren) sich zunächst konsequent auf das Schweigerecht zu berufen. Selbst wenn von anderer Seite zu Aussagen und zur Eile gedrängt wird, hat der Beschuldigte die erforderliche Zeit, Rechtsschutz zu suchen,

und somit schnell adäquate Hilfe durch das DLZ zu erlangen.

6. Entscheidungen des Landeshauptvorstands gem. TO

Selbstverständlich wurden in den Zwischenzeiten die wichtigen und dem LHV gem. Satzung zugeordneten Tagesordnungspunkte aufgerufen und ordnungsgemäß abgearbeitet; dies waren:

- Kassenbericht 2013 – Kassenprüfung 2013 – Haushaltsvoranschlag 2015
- Entlastung der Landeskassieres und des Landesvorstands
- Premiomitgliedschaft aufgrund Kooperation zwischen **BSBD** und **Seniorenverband ö.D. BW**
- Hinweise zu den Personalratswahlen
- Mitgliedervorteile und Mitgliederwerbaktion 2014 – Mitgliedsausweise
- Rechtsschutzangelegenheiten im Landesverband
- Behandlung und Abstimmung über Anträge
- Ehrenordnung (Einstellung des Projekts)
- Tagungen:
 - „Pensionsnahe bzw. dienstältere Jahrgänge“ am 8. Okt. 2014 in Stuttgart
 - Personalräteschulungen aufgrund des neuen LPVG im Frühjahr 2015.

7. Bericht des Landesvorsitzenden

Wie eingangs bei der Änderung der Tagesordnung angekündigt, bestätigte Landesvorsitzender **Schmid**, dass die meisten seiner Punkte, die er in seinem Bericht vorstellen wollte, im Tagungsverlauf bereits ausführlich angesprochen worden seien. Zudem werde hierüber auch ein Artikel im nächsten **VOLLZUGSDIENST** erscheinen.

Zu erwähnen wäre aber der sehr gut positionierte Stand des **BSBD** im politischen Kräftefeld, der durch viele Kontakte und Treffen im Ministerium und vor allem bei den Landtagsfraktionen und einzelnen maßgeblichen Abgeordneten eingonnen und erreicht werden konnte.

Er sprach noch die Mitarbeiterbefragung bzgl. der Gesundheitsproblematik sowie den hohen Zeitaufwand (2013 ca. 20.000 Std.) der Anstalten für Überwachungen, Vorführung und Sitzungsdienste bei Großprozessen – besonders bei den Landgerichten – an. Auf Initiative des Vorsitzenden wurde vom Strafvollzugsbeauftragten der Fraktion der Grünen beim Justizministerium angefragt, ob das „bayerische Modell“ mit Vorführungen durch die Polizei nicht auch bei uns in Baden-Württemberg eingeführt werden könnte. Wegen möglicher Ergebnisse zu diesen und weiteren Punkten verwies er auf die laufenden Veröffentlichungen des Landesvorstands (Vollzugsdienst und Rundmails, Homepage und Aktuell).

Der reibungslose und auch harmonische Verlauf der LHV-Sitzung an zwei Tagen belegt sehr gut die große Geschlossenheit im Landesverband und offenbar die hohe Übereinstimmung der Mitglieder mit dem Vorstand und seinem Vorsitzenden. Dies soll jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass es auch sehr kritische Sachverhalte – wie aus einzelnen Fachgruppen – und deutliche Konfliktpunkte auf

dem Gebiet der Personal- und Finanzpolitik des Landes nachdrücklich benannt wurden. Der **BSBD** setzt hier auf eine ständige vielfältige Kommunikation mit Entscheidungsträgern auf allen politischen und verwaltungs-organisatorischen Ebenen. Vordringliches Ziel muss nun sein, im Justizvollzug den bereits sehr schlanken Personalstand zumindest zu erhalten und in der Justiz die endgültige Entscheidung für das „Stundungsmodell“ – die Kompensation der jetzt geforderten Sparbeträge durch später absolut sicher zu erwartende Einsparungen – zu erreichen. Intern erwarten zudem die Bediensteten aus allen Vollzugsbereichen eine fundierte und nachhaltige Personalentwicklung und eine Stellenstruktur, die endlich den hohen Anforderungen und Belastungen des im Lande gewährleisteten Sicherheits- und Behandlungsvollzug voll gerecht werden. Damit verbindet der **BSBD** auch eine Verbesserung der brachliegenden gesellschaftlichen Anerkennung unseres Berufsstandes, der ja kriminal- und sozial- und sicherheitspolitisch eine absolute Notwendigkeit ist.

Allgemein war auch bei dieser Tagung die Enttäuschung und Unzufriedenheit der Mitglieder über die Personal- und Finanzpolitik der Landesregierung unüberhörbar, wobei der **BBW**-Vorsitzende **Volker Stich** die Streitpunkte ebenso mit aller Deutlichkeit genannt hat wie die konkreten Lösungsangebote seines Beamtenbundes Baden-Württemberg. Derzeit ist ja nur vage zu hoffen und keineswegs zu erwarten, dass die Landesregierung ihren Beamtinnen und Beamten in den wichtigsten strittigen Fragen der Besoldungsverschiebungen, der Absenkung der Eingangsbesoldungen, der Beihilfeeinschränkungen usw. entgegenkommen oder gar einlenken wird. Der **BSBD** hofft nach seinem Grundsatz, dass für den Justizvollzug und den gesamten öffentlichen Dienst befriedigende Regelungen argumentativ und angemessen erreicht werden können. Wird jedoch die derzeit ohne Abstriche verfolgte Austeritätspolitik allein auf dem Rücken der Landesbeamtinnen und -beamten fortgesetzt, wird sich auch der **BSBD** der in Aussicht gestellten demonstrativen Gegenwehr des **BBW** solidarisch und ohne zu zögern anschließen.

8. Nächste Sitzung des Landeshauptvorstands

Auf die abschließende Frage des Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** zum künftigen Sitzungsmodus votierte die weit überwiegende Mehrheit für die **Beibehaltung einer zweitägigen Landeshauptvorstandssitzung**. Die neu eröffnete Möglichkeit, sich am Abend in zwangloser gemüthlicher

Runde mit den Kolleginnen und Kollegen treffen und austauschen zu können, hat offenbar so gut gefallen, dass auch im Jahr 2015 eine Sitzung über zwei Tage erwünscht ist; mit einer Stimmenthaltung geht dieser Auftrag so an den Landesvorstand.

Da der Vorsitzende ein Mann der Tat ist, informierte er nach kurzer Rücksprache mit dem Leiter des KVJS- Tagungszentrums Gültstein, dass hier voraussichtlich am **15. und 16. Juni 2015** wieder die Mögliche Sitzung des LHV durchzuführen. *wok/lar*



Am Abend des 3. Juli 14: hier war Party!

Foto: KVJS



Bei seinem Vortrag vor den Tagungsteilnehmern: Ernst Steinbach, Ehrenvorsitzender des BSBD und stv. Vorsitzender des Seniorenverbands öD BW.



Von links: Landesvorsitzender A. Schmid, Beauftragter öD H. Landbeck, Geschäftsführerin U. Schork und Ehrenvorsitzender E. Steinbach.

Fotos (2): BSBD BW

BSBD informiert seine (Bald-)Pensionäre

Fachtagung zum Thema: „Pension – was gilt es zu wissen und zu beachten?“ am 8. Oktober 2014

Der Landesvorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten BSBD – Alexander Schmid – konnte trotz des Bahnstreiks am gleichen Tag 34 Kolleginnen und Kollegen aus allen Justizvollzugsanstalten zur nunmehr dritten Fachtagung des BSBD mit dem Thema: „Pension – was gilt es zu wissen und zu beachten?“ begrüßen.

Neben Alexander Schmid, der zu aktuellen Themen aus der Verbandsarbeit des BSBD-Landesvorstands berichtete, hatte es sich auch der Ehrenvorsitzende des BSBD – Ernst Steinbach – in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Seniorenverbandes öD Baden-Württemberg nicht nehmen lassen, zur Versammlung zu sprechen.

Er informierte in seinem Referat über die Kooperation des BSBD mit dem Seniorenverband, die unter dem Titel „Premiummitgliedschaft“ für die Pensionäre des BSBD eine bestmögliche Beratung

und Betreuung der Mitglieder auch im Ruhestand sicherstellt. Gerade im Ruhestand, wenn die Möglichkeiten der Informationseinholung in den Dienststellen nicht mehr vorhanden sind, ist es wichtiger denn je, einen kompetenten Partner bei Fragen an seiner Seite zu wissen.

Seit Jahresbeginn 2014 werden alle Neupensionäre des BSBD, sollten Sie nicht ausdrücklich widersprechen, automatisch dem Seniorenverband als Kooperationsmitglieder gemeldet und sind dann Mitglied in beiden Verbänden (und genießen so die Vorteile der Mitgliedschaft von beiden Verbänden). Der Beitrag bleibt dann in der Höhe gleich wie zur aktiven Zeit, aber Sie können die Vorteile der Mitgliedschaft bei zwei Verbänden nutzen.

Hauptreferentin des Tages war dann aber Frau Ulrike Schork, die als Geschäftsführerin des Seniorenverbandes seit langen Jahren ein profunde Kennerin aller Fragestellungen zum Thema Pension

und Ruhestand ist. In einem mit vielen praktischen Beispielen versehenen Vortrag konnte sie den Anwesenden einige Aspekte der bestehenden Regelungen aufzeigen und mehrfach auch konkrete Hilfestellungen bei Fragen geben. Da der BSBD jedem anwesenden Mitglied auch ein Exemplar des Fachbuches zur Beamtenversorgung von Prof. Gerald Ludy kostenlos aushändigte, konnten viele Unsicherheiten und Befürchtungen rund um das Thema Pension und Ruhestand ausgeräumt werden. Den Abschluss des Tages bildete ein Impulsreferat des Beauftragten für den öffentlichen Dienst der AXA-DBV, Hartmut Landbeck. Herr Landbeck bot hierbei auch seine persönliche Unterstützung für die Mitglieder des BSBD an. Er kann zu Veranstaltungen in die Ortsverbände des BSBD, aber auch zu persönlichen Nachfragen von BSBD-Mitgliedern per Email unter Hartmut.Landbeck@axa.de kontaktiert werden. Da die AXA-DBV fundierte Informationen zu Themen wie Vorsorgevollmacht, Beihilfe, Gestaltung der Pension, Pflege u.a.m. vorhält, ist dieser Kontakt als unverbindliches Angebot an die Mitglieder des BSBD sicher sehr hoch einzuschätzen.

Wir sind sehr glücklich, unseren Mitgliedern beim Schritt in die Pension weiter hilfreich an der Seite stehen zu können, und laden Nichtmitglieder ein, sich dem BSBD anzuschließen und damit ihre persönliche Betreuung und die der Hinterbliebenen zukünftig sicher zu stellen und damit kein böses Erwachen zu erleben, wenn der Ernstfall eintritt.

Mit der Mitgliedschaft im BSBD sind Sie nie allein! als

Wir trauern um unseren Kollegen und Freund

Rainer Klein

Im Alter von 59 Jahren nach einem tragischen Unfall plötzlich aus unserer Mitte gerissen.

Du warst immer mit großem Engagement und pflichtbewusst bei Deiner Arbeit.

Stets zuverlässig warst Du auch bereitwillig in unserem Ortsverband tätig.

Wir danken Dir für die immerwährende gute, ehrliche Zusammenarbeit und werden Dich stets in bester Erinnerung behalten.

Unser Mitgefühl gilt in dieser schweren Zeit Deiner Familie.

**Im Namen der Kolleginnen und Kollegen,
der Vorstand des Ortsverbandes Heimsheim**

Über Vorkommnisse in Bruchsal und in Adelsheim diskutiert

Stelleneinsparungen im Vollzug vorerst nicht geplant

Die Arbeitsgruppe AVD zu Besuch in der Außenstelle Singen

Am 17.10.2014 traf sich die AG AVD zu ihrer jährlichen Arbeitssitzung, diesmal in Singen. Ab 10.00 Uhr hatten wir die Möglichkeit, die Außenstelle Singen der JVA Konstanz in Begleitung von Kollegen und Dienstleiter Maus zu besichtigen.

Für die meisten Kollegen war es die erste Besichtigung dieser Außenstelle und entsprechend viele Fragen durfte Kollege **Maus** beantworten. Wir möchten uns an dieser Stelle für die sehr informative und umfassende Führung sowie für das Mittagessen bei Kollege **Maus** und seiner Mannschaft herzlich bedanken.

Gegen 14.00 Uhr begann dann die Arbeitssitzung unserer AG im „Landgasthof Ritter“ in Nenzingen. Traditionell wurde sie von unserem Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** mit den neuesten Infos aus der gewerkschaftlichen Arbeit und Informationen aus der Politik rund um das Thema Strafvollzug eröffnet.

Natürlich bestimmten die Vorkommnisse in Bruchsal und in Adelsheim sehr stark den Diskussionsbedarf und einige vorgesehene Themen wurden daher auf die nächste Sitzung verschoben. Trotzdem konnten nachfolgend aufgeführte

Punkte behandelt werden. Personalratsschulungen: Hier besteht trotz der bereits angebotenen Schulungen weiter dringender Bedarf. Auf Grund der erhöhten Anzahl der jetzt tätigen Personalräte und der vielen neu gewählten Kolleginnen und Kollegen wird dringend gebeten, weitere Tagungen anzubieten. Seitens des **BSBD** ist im ersten Halbjahr 2015 eine zweitägige Schulung unter Beteiligung des Leiters des Personalreferates – Ministerialrat **Weik** – angedacht. Insgesamt fällt auch auf, dass die neugewählten Vorsitzenden, die z.B. bisher nur als Ersatzmitglieder tätig waren, komplett bei dem Schulungsangebot nicht berücksichtigt wurden, dies ist unseres Erachtens ein schwerwiegendes Versäumnis.

Als Erfolg kann gewertet werden, dass Stelleneinsparungen im Vollzug vorerst nicht geplant sind. Gerade im Hinblick auf die Vorkommnisse in Bruchsal und Adelsheim wäre alles andere auch nicht vertretbar. Man kann nicht professionelle Arbeit erwarten und trotzdem immer wieder an der Stellenschraube nach unten drehen.

Die geplante VwV zur Dienstkleidung war ein weiteres wichtiges Thema. Hier wurden dann auch Fragen bezüglich

eines Justiz-Aufdruckes auf dem Rücken der Poloshirts bzw. der Jacken angesprochen und die Beschaffung von weiteren „Einsatzartikeln“ über die Beschaffungstelle (vergleichbar mit der Polizei) besprochen. Zu dieser Frage wurde auch ein entsprechendes Schreiben an unseren Landesvorsitzenden zur Prüfung bzw. weiteren Planung übergeben.

Wie geht es weiter mit dem Thema Mitarbeiterbefragung?

Hier wurde inzwischen ein Expertenkreis mit Beteiligung des Hauptpersonalrats und des Landesvorstands des **BSBD** gebildet. Man wird die Entwicklungen seitens unserer AG mit Interesse verfolgen.

Unser im Frühjahr dieses Jahres aufgestellter Forderungskatalog wurde nochmals thematisiert und auch wiederholt auf die Dringlichkeiten bei der Besoldungs- und Beförderungssituation hingewiesen. Die Kolleginnen und Kollegen erwarten hier Erfolge auf Grund steigender Anforderungen an die Qualifikation und die Belastung. Hier sind sichtbare Veränderungen dringend notwendig. Zudem wird kritisiert, dass in manchen Anstalten immer noch nicht der Zuteilungserslass als Grundlage der vertrauensvollen Arbeit bei Behördenleitung und Personalrat im Rahmen der Personalplanung behandelt oder besprochen wird.

Erst gegen 20.45 Uhr wurde diesmal die Arbeitssitzung beendet. Zu viele Probleme, Fehlentwicklungen und daraus resultierende Forderungen hatten einen früheren „Feierabend“ verhindert. Dies spiegelte sich auch in der einen oder anderen Diskussion bis in die späten Abendstunden wieder.

Wir werden die Entwicklungen in alle Richtungen bis zu unserer nächsten großen Fachgruppentagung verfolgen und dann gegebenenfalls entsprechende Anträge an den Landesverband stellen.

*Jürgen Scheike
Landesfachgruppensprecher*



Im Bild Hintere Reihe v.l.: J. Scheike, T. Maus, M. Tisljar, U. Thiel, C. Reichle. Vordere Reihe v.l.: H.

Weber, W. Baumann, R. Bayer, M. Jurak, A. Schmid.

Foto: BSBD LV

Allen Bediensteten der Justiz und allen Mitgliedern des BSBD
wünschen der Landesvorsitzende und der Landesvorstand

**FROHE GESEGNETE WEIHNACHTEN und VIEL GLÜCK,
ERFOLG UND GUTE GESUNDHEIT IM NEUEN JAHR 2015!**

Unsere Gedanken sind mit großer Kollegialität besonders bei
den Kolleginnen und Kollegen, die an Heilig-Abend und den Weihnachtstagen,
an Silvester und Neujahr pflichtgetreu ihren Dienst erfüllen.



– Eine starke Gewerkschaft

Der BSBD vertritt deutschlandweit die Interessen von mehr als 25.000 Beamten und Tarifbeschäftigten.

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten vertritt, unter dem Dach des DBB, bundesweit die Interessen der 38.000 Bediensteten im Justizvollzug. Er ist mit rund 25.000 Mitgliedern die größte gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten im Justizvollzug der Bundesrepublik Deutschland. Besonders wegen der seit 1. Januar 2008 veränderten Länderkompetenzen ist eine länderübergreifende Zusammenarbeit der BSBD Landesbünde notwendig.

Die Aufgaben der Strafvollzugsbediensteten sind überaus vielfältig, anspruchsvoll und herausfordernd. Die Gesellschaft



digung verantwortliche Politik, die dem Vollzug aus fiskalischen Gründen zusätzliche Probleme aufbürdet, indem sie dem Vollzug eine sachgerechte Personal- und Sachmittelausstattung vorenthält. Dabei

sene Teilhabe der Strafvollzugsbediensteten am wirtschaftlichen Erfolg unserer Gesellschaft ein, kämpft aber zugleich für angemessene Rahmenbedingungen für einen behandlungsorientierten Strafvollzug in Deutschland.

Ein hoher Organisationsgrad und die bundesweite Bündelung und Vernetzung der Gewerkschaftsarbeit ist für die effektive Vertretung der Belange der Kolleginnen und Kollegen unerlässlich, um öffentlich Gehör zu finden. Je mehr Menschen von der Sicherheit schaffenden Wirkung des Vollzuges und von den berechtigten Forderungen des Strafvollzuges überzeugt werden können, desto eher wird die Politik bereit sein, unsere berechtigten Forderungen Stück für Stück

Der Verband ist eigenständig und unter dem Dach des Deutschen Beamtenbunds organisiert.

erwartet von uns eine effektive Resozialisierung von Straftätern ebenso, wie den sicheren Schutz vor weiteren Straftaten. Die Bediensteten des Strafvollzuges bewegen sich folglich bei Tag und Nacht und an 365 Tagen im Jahr in einem Konflikt- und Spannungsfeld. Zudem haben sie ihren schwierigen sozialen Auftrag im Lichte einer kritischen Öffentlichkeit zu erledigen, die mehr am skandalträchtigen Ausnahmefall als an einem reibungslosen Funktionieren der Behandlung interessiert zu sein scheint. Nicht selten ist es die grundsätzlich für die Aufgabenerle-

solle auch der Politik klar sein, dass hier vielfach am falschen Ende gespart wird, denn jede gelungene Wiedereingliederung eines Straftäters erhöht unser aller Sicherheit, nicht dessen zeitweise sichere Aufbewahrung.

Der **BSBD**, der rund 70 Prozent aller Strafvollzugsbediensteten gewerkschaftlich organisiert, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen des Strafvollzuges und die der Kolleginnen und Kollegen wirksam zu vertreten, damit diese nicht von der Politik übersehen werden können. Der **BSBD** tritt für die angemess-

zu erfüllen. „Um einer interessierten Öffentlichkeit, aber auch den Kolleginnen und Kollegen zu vermitteln, dass eine starke und eigenständige gewerkschaftliche Interessenvertretung unverzichtbar ist, hat der **BSBD** einen **Imagefilm** erstellt, der sowohl einen Einblick in den Vollzug gewährt als auch das Erfordernis zur solidarischen Wahrnehmung der eigenen Interessen betont. Der **Imagefilm** kann unter www.bsbd.de aufgerufen werden, erklärte **BSBD**-Bundesvorsitzender **Anton Bachl** anlässlich einer Sitzung des Bundesvorstandes seiner Organisation.

Der BSBD ist die größte gewerkschaftliche Interessenvertretung der Strafvollzugsbediensteten in Deutschland.